



BESCHLÜSSE

der ordentlichen Bundeskonferenz der
Arbeitsgemeinschaft SPD Frauen

vom 15. bis 16. November 2025
in Berlin

frauen.spd.de

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag

L01 FeminisMUSS - Demokratie und Feminismus gehören zusammen!

13

Ar - Arbeit

Ar01 Gleichen Lohn durchsetzen – EU-Lohntransparenz ambitioniert umsetzen

21

Gb - Gewalt bekämpfen

Gb01	Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen – Schutz stärken, Täter in die Verantwortung nehmen	22
Gb02	Frauen schützen – Gewaltschutz voranbringen!	24
Gb03	EU-Gewaltschutz konsequent umsetzen und Schutzlücken schließen	25
Gb04	Femizide - Geschlechtsbezogene Gewalt stoppen	27
Gb05	Femiziden entgegentreten!	29
Gb06	_Digitale Gewalt gegen Frauen beenden - unsere Nudes sind nicht euer Business!	30
Gb07	Antrag auf Sicherheit im digitalen Raum – Schutz für Frauen in Politik und Gesellschaft stärken	31
Gb08	Einführung von „Nur Ja heißt Ja“ beim Sexualstrafrecht	32
Gb09	Gewaltschutz für alle, die Schutz und Unterstützung benötigen	33
Gb10	Fortbestehen des Fonds Sexueller Missbrauch der Bundesregierung	34
Gb11	Leid anerkennen, Aufklärung vorantreiben - Das Schicksal der Verschickungskinder muss endlich transparent gemacht werden.	35
Gb12	Sexistische Äußerungen von Politiker:innen dürfen nicht folgenlos bleiben – klare Sanktionen auch außerhalb parlamentarischer Räume	36

G - Gesundheit

G01	Erhalt und Ausbau der flächendeckenden Versorgungsstrukturen für Schwangerschaftsabbrüche und Schwangerenkonfliktberatung in Deutschland	37
G02	Reproduktive Gesundheit zukunftsfähig machen - Forschung zu Verhütung für Männer gezielt fördern	39
G03	Sichere Verhütung ermöglichen	40
G05	Geschlechtergerechte Gesundheitspolitik: Frauengesundheit systematisch stärken	41
G06	Gendermedizin verbindlich im Gesundheitssystem verankern	42
G07	Schutz sensibler Gesundheitsdaten in der elektronischen Patientenakte gewährleisten	43
G08	Knochendichte-Messung muss Vorsorge-Untersuchung werden, die von der Krankenkasse bezahlt wird	45
G09	Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und Aufklärung von Frauen in der Menopause	46
G10	Früherkennung als entscheidender Schlüssel beim Kampf gegen Krebs	47
G11	Stärkung der Adipositasbehandlung durch verpflichtende Kostenübernahme der Krankenkassen von Ernährungstherapie vor und nach bariatrischen Operationen	48
G13	Anerkennung von familiennaher Geburtshilfe als staatliche Pflicht	49
G14	Gesundheit ist ein Menschenrecht – für eine solidarische und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung	50

Int - Internationales

Int01	Frauen, Flucht und Migration	51
Int02	Unsere Vision: ein geeintes Europa	52
Int03	Schutz für gefährdete Afghaninnen und Afghanen garantieren – gemachte Aufnahmezusagen umsetzen!	53
Int04	Bundesweiter Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden in den Irak sowie ein landesweiter temporärer Abschiebestopp für RLP	54

IR - Innen und Recht

IR01	Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen	55
IR02	Kampf gegen Rechtsextremismus = Kampf gegen Antifeminismus	56
IR03	Nein zur Wehrpflicht für Frauen	57
IR05	Entkriminalisierung des §218 auch in der Großen Koalition durchsetzen	58
IR07	Nur "Ja" heißt "Ja": Sexualstrafrecht reformieren, Artikel 36 der Istanbul-Konvention in deutsches Recht umsetzen jetzt!	60
IR09	Aufnahme von sexueller Belästigung im öffentlichen Raum als Straftatbestand	61
IR10	Abschaffung der Verjährungsfrist bei Vergewaltigung (§ 177 StGB) und sexuellem Missbrauch von Kindern (§ 176 StGB)	62
IR12	Effektive gesetzliche Reglementierung von KI-generierten Deepfakes und konsequente Bekämpfung sexualisierter digitaler Gewalt gegen Frauen	63
IR15	Aufenthaltsrechtlicher Schutz für gewaltbetroffene Migrantinnen	64
IR17	Individuelles Asylrecht erhalten	65
IR18	"Bezahlkarte" ist ein Irrweg!	66
IR19	Steuergerechtigkeit nicht nur beschließen, sondern umsetzen!	67
IR20	Altruistische Eizellenspende ermöglichen	68
IR21	Aus Geschichte lernen heißt, Herrn Dobrindt auf die Finger klopfen: Kein Register für Nutzende des Selbstbestimmungsgesetzes!	69
Ini	Sicherung der Geburtshilfe – Überarbeitung des neuen Hebammenhilfevertrags	70

Org - Organisatorisches

Org01	Bundeseinheitliche Reisekostenrichtlinie	71
Org02	Quotierte Redeliste	72
Org04	Monitoring der Antragsumsetzung	73
Org06	Geschlechterparität bei allen politischen Veranstaltungen	74

Gl - Gleichstellung

Gl01	Mehr Demokratie wagen heißt mehr Feminismus wagen – Feministische Strukturen in der SPD etablieren!	75
Gl03	Vielfalt ist Stärke	78
Gl04	Diversitätsziele verteidigen und konkrete Umsetzung weiterentwickeln!	79
Gl05	Elternschaft gerecht gestalten – gleiche Rechte von Anfang an!	80
Gl06	Elterngeld als Gleichstellungsmotor endlich neu starten	81
Gl07	Antrag auf Einführung von Gender Budgeting im Sport durch ein Bundesgesetz	83
Gl08	Reduktion der geschlechtsspezifischen Lohnlücke in Unternehmen – Einführung einer deutschlandweiten Equal Pay Charta	84
Gl09	Gender Data Gap – Der weiße Fleck im Datenbestand ist weiblich	86
Gl10	Positionspapier der SPD Frauen NRW für die Bundeskonferenz 2025	87

S - Soziales

S01	Ob digital oder analog – Teilhabe ist für uns ein Grundrecht!	89
S04	Alleinerziehende stärken – Armut bekämpfen, Teilhabe sichern!	90
S05	„Frauenarmut in Deutschland“	92
S06	Erhöhung des Kinderkrankengeldes auf 100% des Nettoeinkommens	93
S07	Unterhaltsschulden sind Ehrenschulden!	94
S08	Familien Ticket für alle Familien	95
S09	Blickwinkel Prostitution ./. Blickwinkel Sexarbeit.	96
S11	Feministische Ökonomie	97
S14	Keine Legalisierung von Leihmutterchaft in Deutschland	98
S15	Respekt statt Rolle rückwärts - Keine Verzögerungen bei der Mütterrente III!	99
S16	Ageismus und Adultismus ist von gestern!	100

T - Themenübergreifendes

T01	Für eine geschlechtergerechte Klimapolitik	101
T02	Frauen im ländlichen Raum stärken – Lebensqualität und Teilhabe sichern	103
T03	Kampf gegen die Inhalte der Manosphäre	104
T04	Für eine geschlechtergerechte Künstliche Intelligenz: Entwicklung einer feministische KI-Strategie auf der Grundlage des „EU Artificial Intelligence Act“ (EU AI Act)	105
T05	Ziffernfolge „444“ und andere rechtsextreme Symbole als Kraftfahrzeugkennzeichen verbieten!	106
T06	Mehr Damentoiletten in öffentlichen Gebäuden	107

W - Wohnen

W01 Drei[?]Jahre Ampel Stillstand – jetzt den Mieterschutz stärken!	108
W02 Wohnungen für Obdachlose statt Notlösungen	110
W03 Sozialdemokratinnen für bezahlbares Wohnen	111

V - Verkehr

- V01 Halter*?innenhaftung endlich auf Parkverstöße ausweiten – Rücksichtsloses Falschparken stoppen! 113

Antrag L01: FeminisMUSS - Demokratie und Feminismus gehören zusammen!

Laufende Nummer: 55

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L - Leitantrag

1 Antifeminismus ist eine Ideologie und eine Strategie, die darauf abzielt,
2 feministische Anliegen, Positionen und Errungenschaften gezielt und organisiert zu
3 bekämpfen und pauschal zurückzuweisen. Ihre Akteure sind vielfältig und in allen
4 gesellschaftlichen Schichten, on- und offline zu finden. Die „Manosphere“ reicht von
5 Incels und sogenannten „Red Pillers“ über Pick Up Artists und den selbsternannten
6 „Men going their own way“ bis hin zu sich als Männer- und Väterrechtler bezeichnenden
7 Personen und Ultrakonservativen sowie religiöse Fundamentalisten. Ihnen gelingt es
8 auszunutzen, dass Antifeminismus im Vergleich zu anderen Formen gruppenbezogener
9 Menschenfeindlichkeit wie Rassismus oder Antisemitismus oft nicht als
10 menschenfeindlich gewertet wird. Menschenfeindlichkeit ist die Brücke zu rechten
11 Ideologien, zu der Antifeminismus oft einen starken Bezug hat.

12 Antifeminismus gefährdet unsere Demokratie

13 Antifeminismus ist kein politischer Nebenschauplatz, sondern brandgefährlich für
14 unsere Demokratie. Die Infragestellung von Gleichberechtigung und Frauenrechten
15 verlangt nach politischen Antworten, die den Mainstream erreichen, das
16 Unrechtsbewusstsein schärfen und durch lebensweltorientierte Maßnahmen und Projekte
17 eine Gegenbewegung initiieren.

18 Zunehmender Antifeminismus bedroht unsere Demokratie und stellt hart erkämpfte
19 Frauenrechte in Frage. Feminist*innen kämpfen dafür, den gegenwärtigen Status quo
20 wenigstens zu erhalten und stemmen sich mit aller Kraft dem Backlash entgegen. Die
21 Auswirkungen einer antifeministischen Agenda bedrohen die Arbeitsgrundlage von NGOs
22 gleichermaßen wie die von Frauenfacheinrichtungen, Beratungsstellen und
23 Institutionen. Gezielten antifeministischen Angriffen sind insbesondere
24 Gleichstellungsbeauftragte und Mitarbeitende von Beratungsstellen
25 (hauptamtlich/beruflich), zivilgesellschaftliche Initiativen, (feministische)
26 Aktivist*innen (Ehrenamt), Fachpersonen aus den Bereichen Gleichstellung,
27 Antidiskriminierung und Geschlechterforschung (Wissenschaft) und LGBTIQA*
28 Organisationen ausgesetzt. Antifeminismus hat längst alle Gesellschaftsschichten
29 erreicht und macht sich im Mainstream breit. Die Gleichstellung der Geschlechter ist
30 damit ebenso bedroht wie der gesellschaftliche Zusammenhalt.

31 Antifeminismus ist politische Einflussnahme und dabei gut finanziert.

32 Antifeministische Netzwerke und Strömungen werden international gefördert, mit dem
33 Ziel europäische Demokratien und Gesellschaften zu destabilisieren. Aus den USA ist
34 ersichtlich, wie schnell Antifeminismus eine Gesellschaft verändern kann, wenn er
35 nicht durch Strukturen, Gesetze und Bündnisse gebremst wird.
36 • Wir brauchen darum auch europäische Initiativen und Kooperationen, um diese
37 Tendenzen zu bekämpfen – über Parteidgrenzen hinweg und unter Einbeziehung von

38 zivilgesellschaftlichen Kräften.

39 **Antifeminismus und rechtsextreme Ideologien gehen Hand in Hand**

40 Antifeminismus ist durch gemeinsame Feindbilder und ideologische Gemeinsamkeiten eng
41 mit Rechtsextremismus verbunden. Er schafft ein Einstiegstor in rechte Weltbilder und
42 baut Brücken zwischen extrem konservativen Haltungen und rechten Ideologien.

43 Antifeminismus und Rechtsextremismus teilen ein biologistisches und
44 wissenschaftsfeindliches Weltbild mit klaren Vorstellungen von limitierenden
45 Geschlechterrollen wie der Überlegenheit und Stärke des Mannes auf der einen Seite
46 und der Frau als für den Mann verfügbare Hausfrau und Mutter auf der anderen. Alles
47 Abweichende, die weibliche Selbstbestimmung und queeres Leben werden als Bedrohung
48 für Männlichkeit gelesen. Das internationale Playbook zeigt: zuerst werden
49 trans*Frauen angegriffen und delegitimiert. Im nächsten Schritt werden die Rechte von
50 Cis-Frauen in Frage gestellt. Rechte Narrative und gezielte Desinformationskampagnen
51 beabsichtigen, die Gesellschaft zu spalten und die Demokratie zu unterwandern.
52 Deshalb ist es eine politische Entscheidung, dass alle Frauen solidarisch
53 zusammenstehen, damit antifeministische Strategien nicht erfolgreich sind. Analysen
54 beispielsweise zum Wahlverhalten (Studie von Ansgar Hudde, Geschlechtsunterschiede im
55 Wahlverhalten bei Bundestagswahlen der letzten sieben Jahrzehnte, 2023) zeigen, dass
56 diese Tendenzen bereits bei jungen Männern sichtbar werden, die beispielsweise
57 Feminismus und „Wokeismus“ dafür verantwortlich machen, dass gleichaltrige Frauen
58 alten Rollenklischees nicht mehr entsprechen wollen.

59 Diese Verbindungen zwischen antifeministischen und rechtsextremen Weltbildern sind
60 belegbar. Sie finden sich immer wieder bei Attentätern wie z.B. in Halle oder
61 Christchurch und gehen auch aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine
62 Anfrage (Bewertung und Gefahrenpotential der sogenannten Incel-Szene Drs. 20/624,
63 8.2.2022) hervor.

- 64 • Bei rechtsterroristischen Anschlägen und Anschlagsplänen muss darum von
65 Strafverfolgungsbehörden und Verfassungsschutz immer auch Antifeminismus als Motiv
66 mit geprüft werden.
- 67 • Ausstiegsprogramme aus der „Manosphere“ müssen entwickelt, flächendeckend etabliert
68 mit personellen Ressourcen ausgestattet und staatlich gefördert werden.

69 **Das Internet: Noch immer ein Paradies für Antifeminismus**

70 Für Radikalisierungen spielt das Internet mit seinen unterschiedlichsten Formaten und
71 kaum zu regulierenden Räumen als radikale und radikalisierte Echokammern eine
72 zentrale Rolle. Hier tobt die „Manosphere“ sich fast unkontrolliert aus. In den USA
73 bedienen Politiker wie Donald Trump und sein Umfeld offen frauenvorachtende und
74 rassistische Ressentiments. Mit den Deregulierungsentscheidungen mächtiger Männer im
75 Weißen Haus bekommt Antifeminismus auf Internet-Plattformen wie X starken Rückenwind.
76 Recherchen von STRG_F deckten 2024, kurz nach dem Bekanntwerden des Falls von Gisèle
77 Pelicot, dutzende Chatgruppen mit teilweise bis zu 10.000 Mitgliedern auf, in denen
78 Männer einander beraten, wie sie Frauen unbemerkt betäuben und vergewaltigen oder zur
79 Vergewaltigung anbieten können. Auch der Bericht der Meldestelle Antifeminismus von
80 2024 deckt Meldungen über digitale Netzwerke auf, in denen explizit Tipps zur
81 Ausübung sexualisierter Gewalt an Frauen ausgetauscht und entsprechendes Bild- und
82 Videomaterial veröffentlicht wurden. In Deutschland haben sich nach Angaben des

83 Bundeskriminalamts die Meldungen über Frauenhass und Gewalt in der digitalen Sphäre
84 in fünf Jahren mehr als verdoppelt.

85 Das Internet ist heute ein Schlüssel für Teilhabe und hat eine elementare Rolle für
86 den öffentlichen Diskurs und die gesellschaftliche Partizipation.

87 • Darum muss der Gesetzgeber zur Wahrung von Grundrechten und Demokratie tätig
88 werden. Insbesondere muss er Tech-Unternehmen in die Pflicht nehmen, Verantwortung
89 für Inhalte und Verbreitungsmechanismen zu übernehmen.

90 • Wir brauchen ein Digitales Gewaltschutzgesetz, das in einem richterlichen Verfahren
91 die Löschung und/oder (zeitweilige) Sperrung von Accounts ohne Klarnamenpflicht
92 erlaubt.

93 • Unverzichtbar ist in diesem Zusammenhang die Verbandsklage, die es ermöglicht, dass
94 die Rechte Betroffener nicht individuell durchgesetzt werden müssen.

95 • Ein gerichtliches Verfahren, das anonym und opferschützend die zeitweilige oder
96 auch dauerhafte gerichtliche Sperrung von Accounts, die rechtswidrige Äußerungen
97 senden, binnen weniger Stunden mit Hilfe von einstweiligen Verfügungsverfahren vor
98 fachlich spezialisierten Gerichten ermöglicht, könnte eine effektive
99 Rechtsdurchsetzung darstellen.

100 **Antifeminismus erkennen**

101 Zum sozialdemokratischen Wertekanon gehört seit mehr als 100 Jahren eine
102 emanzipatorische Perspektive, die feministische Bewegungen von Beginn an aktiv
103 unterstützt und strukturelle Rahmenbedingungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit
104 schafft. Daran anknüpfend fordern wir SPD FRAUEN mehr denn je, antifeministische
105 Tendenzen nicht zu bagatellisieren, sondern als große Gefahr für unsere Demokratie zu
106 erkennen. Das gilt für Politik und Behörden ebenso wie für Medien,
107 Bildungseinrichtungen und all diejenigen, die öffentlich agieren und ihre Reichweite
108 nutzen können, um antifeministische Narrative zu enttarnen und benennen.
109 Antifeminismus ist eine Ideologie, zu deren Mechanismen Bedrohungen, Gefährdungen und
110 Straftaten gegen Frauen gehören.

111 • Antifeminismus ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und muss bei thematischen
112 Ausschreibungen oder bei der Verankerung von Forschungsaspekten in allgemeinen
113 Forschungsausschreibungen zu Demokratiethemen als Gegenstand verankert werden.

114 • Einstellungsstudien, wie beispielsweise die Leipziger Autoritarismus-Studie,
115 analysieren auch die Entwicklung antifeministischer, sexistischer und
116 transfeindlicher Einstellungen. Diese Erkenntnisse müssen zusammengeführt werden und
117 in ressortübergreifende Handlungsstrategien münden, die unser demokratisches
118 Gemeinwohl schützen und stärken.

119 • Alle sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts sind aufgefordert,
120 Antifeminismus in ihren Ressorts aufzudecken und wirkmächtige Gegenstrategien zu
121 entwickeln und umzusetzen. Beispielgebend dafür ist das „Bündnis gegen Sexismus“.

122 **Prävention und Beratungsstrukturen gegen Antifeminismus**

123 Ziel und Effekt von Antifeminismus ist auch, Förderstrukturen, Beratungs- und
124 Vernetzungsstrukturen auszuhöhlen, um Institutionen und Einrichtungen zu schwächen.

125 • Wir erwarten von allen Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion, dass sie die
126 bestehenden Strukturen aktiv bewahren und dafür Sorge tragen, dass Demokratiearbeit

127 finanziell abgesichert ist und in ihrer Nachhaltigkeit gestärkt wird.

128 • Auch die Arbeit der bundesweiten Meldestelle Antifeminismus muss in Zukunft
129 zuverlässig abgesichert sein. Für eine wehrhafte Demokratie, die Antifeminismus
130 trotz, ist es essenziell, von Anfang in präventive Maßnahmen und Angebote zu
131 investieren, die Kinder, Jugendliche und junge Menschen in ihrer Resilienz stärken.
132 Dazu zählt feministische Jungenarbeit, die „toxischer Männlichkeit“ entgegenwirkt und
133 archaischen Rollenstereotypen durchbricht. Auch die Stärkung von Mädchen und jungen
134 Frauen braucht weiterhin Angebote parteilicher feministischer Mädchenarbeit, die
135 Macht- und Herrschaftsstrukturen in Frage stellt.

136 • Geschlechtsspezifische Angebote und Unterstützungsstrukturen müssen ergänzt werden
137 feministische (koedukative) Jugendarbeit, die Safe Spaces für jene Jugendlichen
138 schafft, die sich selbst nicht im binären Spektrum verorten oder Questioning sind.

139 Feministische Jugendarbeit ist kein Ersatz, schafft aber nötige Brücken zu Mädchen-
140 und Jungenarbeit und erweitert das Spektrum von Erfahrungen und Begegnungen.
141 Geschlechterbewusste Pädagogik basiert auf einer Haltung, die auf wechselseitiger
142 Anerkennung vielfältiger Lebensweisen basiert und dabei Chancengerechtigkeit und
143 Inklusion betont. Eine intersektionale Perspektive in der pädagogischen Arbeit
144 fördert das demokratische Miteinander. Intersektionale feministische Mädchen- und
145 Jungenarbeit ist Demokratiebildung von Anfang an.

146 Ein funktionierender Staat als Bollwerk gegen Antifeminismus

147 Das Infragestellen des Sozialstaats folgt einem antifeministischen Narrativ.
148 Insbesondere Frauen sind auf monetäre Unterstützungsstrukturen angewiesen und
149 profitieren von den Leistungen des Sozialstaats. Würden beispielsweise Bürgergeld,
150 Elterngeld, Kindergeld, Grundrentenzuschlag oder Wohngeld reduziert, trüfe dies in
151 aller Härte die Alleinerziehenden und überproportional Frauen, die bedürftig sind und
152 über die Inanspruchnahme von Transferleistungen ihren Lebensunterhalt sichern müssen.

153 Das ist eine gesellschaftliche Schieflage, die die Lebenslagen von Frauen verschärft
154 während in Bereichen der Wirtschaftsförderungen Investitionen getätigt werden, die
155 überwiegend Strukturen zugutekommen, in denen Männer unmittelbar profitieren.

156 • Wir erwarten von der Bundestagsfraktion wie auch der Spitze des Arbeits- und
157 Sozialministeriums, dass der Staat die tatsächliche Gleichstellung aktiv fördert,
158 statt Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis zu verschärfen. Wenn schon gespart
159 werden muss, dann nicht auf Kosten der Frauen.

160 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung ihre Investitionsoffensive fortsetzt. Der
161 Finanzplan soll das Wachstumspotenzial der Wirtschaft stärken und den Wohlstand aller
162 erhöhen. Die dem zugrunde liegenden Investitionen, Strukturreformen und
163 Konsolidierungen müssen daher einem Gleichstellungscheck standhalten. dass unsere
164 Bundesregierung offenlegt, wie sich diese Maßnahmen in dem Zeitraum bis 2029 auf die
165 Gleichstellung der Geschlechter auswirken, wie positive Auswirkungen verstärkt werden
166 können und negative Folgen vermieden werden.

167 Die Rolle von Politik und Öffentlichem Dienst

168 In öffentlichem Dienst und der Politik sind im Rahmen einer ressortübergreifenden und
169 nachhaltigen Gleichstellungspolitik Frauen und andere marginalisierte Gruppen in der
170 Verwaltung zu fördern. Ihnen ist eine gerechte Teilhabe am sozialen, politischen und

171 wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen.

172 • Wir brauchen außerdem ein Bundesförderprogramm, dass Verwaltungen ermöglicht, ihre
173 Mitarbeitenden zu schulen, um antifeministischen und demokratiefeindlichen Tendenzen
174 in Behörden angemessen begegnen zu können und Demokratiefeinde zu entlarven.

175 • Wir fordern einen ressortübergreifenden Plan der Bundesregierung, um die
176 Geschlechterungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung zielgerichtet und
177 spezifisch zu fördern. Den Ungleichheiten und Benachteiligungen in allen
178 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen muss mit einer
179 ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie entgegengewirkt werden.

180 • Zu solchen Maßnahmen gehört auch die Abschaffung des
181 Gleichstellungsverhinderungsinstruments „Ehegattensplitting“.

182 Unser Ziel ist, die Förderung der Gleichberechtigung aller Geschlechter und die
183 Beseitigung von Diskriminierung auch im Recht. Geschlechtsstereotypen beeinflussen
184 die Rechtsprechung.

185 • Gesetze und Rechtsnormen müssen angepasst werden, um Frauenrechte zu stärken und
186 bestehende Nachteile zu beseitigen, diskriminierende Gesetze analysiert und verändert
187 werden.

188 Traditionellen Rechtsvorstellungen im Bereich der Justiz muss entgegengewirkt werden.
189 Auch der Einsatz für geschlechtergerechte Sprache und der Förderung der tatsächlichen
190 Gleichstellung von Frauen und Männern innerhalb der Institutionen spielen hier eine
191 wichtige Rolle.

192 **Gewalt gegen Frauen ist Instrument von Antifeminismus**

193 Die Gewalt gegen Frauen nimmt in einem erschreckenden Maß zu, obgleich es bei der
194 Umsetzung der Istanbul-Konvention und mit dem Gewalthilfegesetz formal rechtliche
195 Fortschritte zu verzeichnen sind. Statt Frauen ein Leben frei von Gewalt zu
196 garantieren, nimmt die Verrohung im Internet aber auch im öffentlichen Raum zu. Die
197 vielen Femizide sprechen für sich. Die Rechtsprechung selbst vermag Frauen nicht
198 ausreichend zu schützen. Die Beweisführung ist mühsam, Verfahren dauern zu lange und
199 belasten die Opfer von Gewalt ebenso nachhaltig wie die erlittenen Taten. Das
200 Gewaltschutzgesetz wird gebraucht.

201 • Außerdem fordern wir die Einführung einer eigenen Strafkammer für
202 geschlechtsspezifische gegen Frauen gerichtete Gewalttaten, mit einer
203 Staatsanwaltschaft die speziell sensibilisiert und geschult ist.

204 Der Feminismus fordert von Innen- und Justizministerium, Strukturen und Gesetze
205 kritisch zu hinterfragen und zu reformieren, um die Gleichberechtigung aller
206 Geschlechter zu gewährleisten und Diskriminierung abzubauen.

207 • Wir fordern das Bundesjustizministerium auf eine Kampagne zur wirksamen
208 gesellschaftlichen Ächtung von Gewalt gegen Frauen zu starten. Gewalt gegen Frauen,
209 die verharmlost wird und stillschweigend geduldet, entwickelt sich zu einer passiven
210 Zustimmung. Dem muss entgegengewirkt werden.

211 Wir müssen deutlich machen: Die Verletzung der Würde von Frauen bedarf auch
212 informeller Sanktionen im gesellschaftlichen Zusammenleben, im privaten wie auch im
213 öffentlichen Raum.

214 **Genderfragen und Queerness unter Druck**

215 Der Druck, dem LSBTIAQ* ausgesetzt sind, ist mehr als Queerfeindlichkeit und
216 Hasskriminalität zusammen. Es ist eine antifeministische Strategie, einzelne Personen
217 anzugreifen stellvertretend für eine marginalisierte Gruppen. In besonderem Maße sind
218 trans* Personen, und hier vor allem Frauen betroffen. Wir SPD FRAUEN erklären uns
219 solidarisch mit jeder Frau. Wird die geschlechtsbezogene Diversität zur
220 Angriffsfläche der Antifeministen, sind es häufig Frauen, die im Fokus stehen und
221 Frauenhass ein Leitmotiv.

222 • Deshalb brauchen wir ein umfassendes Bund-Länder-Programm gegen LSBTIAQ*-feindliche
223 Gewalt inklusive umfänglicher Präventionsmaßnahmen.

224 • Wenn Hasskriminalität auf Frauenfeindlichkeit basiert, auf Queerness oder auf
225 Zuschreibungen von Queerness, muss für die Täterschaft auch ein höheres Strafmaß
226 folgen. Antifeminismus prägt die Debatten um geschlechtergerechte Sprache. So
227 genannte „Gendersprache“ wird von den Rechten in Stellung gegen respektvolle
228 geschlechtergerechte, faire, inklusive und vielfältige Sprache gebracht. Die drohende
229 Abkehr von geschlechtersensibler Ansprache ist ein Erfolg von Narrativen der AfD und
230 anderer ultrakonservativer Gruppen. Mehrgeschlechtliche Schreibweisen sind Ausdruck
231 von Anerkennung und Respekt.

232 • Wir fordern, dass die vom Bundesverfassungsgericht anerkannte Geschlechtlichkeit
233 jenseits von weiblich und männlich beispielgebend in der Amts- und Rechtssprache in
234 den SPD geführten Bundesministerien Ausdruck findet, ebenso in der politischen
235 Ansprache innerhalb der Reden und Schriften, Regularien und Geschäftsordnungen, im
236 Willy-Brandt-Haus und in der Arbeit des Parteivorstandes.

237 **Resilienz als Partei aufbauen**

238 Antifeministische Angriffe sind nicht das „Privatproblem“ einzelner Politiker*innen.
239 Sie zielen meist auch auf die Strukturen ab, in denen sich Betroffene befinden. Auch
240 unsere SPD sollte Vorkehrungen treffen, denn gegen Antifeminismus können sich
241 Organisationen und Parteien wappnen. Es gibt viele Möglichkeiten, auf
242 Organisationsebene proaktiv tätig zu werden und auch unsere SPD resilenter gegen
243 Angriffe von innen und außen zu machen. Dazu zählen Kompetenzaufbau und Sensibilität
244 genauso wie Schutz- und Sicherheitskonzepte, Leitfäden und Checklisten. Die
245 Landesgeschäftsstellen sollten entsprechend Unterstützung erhalten und informiert
246 sein, wo sie Anlaufstellen für Beratung und Unterstützung finden. Bundes- und
247 Landesgeschäftsstelle werden so zum Bollwerk gegen antifeministische Unterwanderung
248 und Attacken, geben unseren Mitgliedern Halt und Orientierung.

249 **Vereinbarkeit und eine geschlechtergerechte Arbeitswelt**

250 Viele Frauen fühlen sich mit der immerwährenden Doppelbelastung aus Beruf und
251 Kinderbetreuung, Sorge- und Familienarbeit alleingelassen. Die ungleiche Verteilung
252 von arbeitsfreier Zeit benachteiligt vor allem Frauen in ihren Möglichkeiten zur
253 demokratischen Teilhabe und gesellschaftlichen Engagement. Das festigt patriarchale
254 Strukturen und verstärkt antifeministische Muster, anstatt auf eine tatsächliche
255 Gleichstellung der Geschlechter hinzuwirken. Die Debatten um Erwerbsarbeitszeiten im
256 Spannungsfeld unbezahlter Sorgearbeit brauchen eine konstruktive Perspektive, die
257 geschlechter- und sorgegerechtere Zeitpolitik in Aussicht stellt.

258 • Das Pflegezeitgesetz und das Familienpflegezeitgesetz gehören zusammengeführt.

259 • Regelungen wie die Brückenteilzeit sollten ausgeweitet werden und besser

260 individuelle Arbeitszeitwünsche berücksichtigen. Tarifautonomie ist

261 Gewerkschaftssache. Immer weniger Betriebe sind an Tarifverträge gebunden.

262 • Das Bundesstariftreuegesetz ist daher ein richtiger Schritt. Die Bemessungsgrenze

263 für öffentliche Aufträge müssen 50.000 Euro auf 10.000 Euro gesenkt werden. Bereiche

264 in denen überwiegend Frauen arbeiten, können davon profitieren.

265 Nur über Tarifverträge kann es mit einer starken Gewerkschaft eine angemessene

266 Arbeitszeit, die den unterschiedlichen Zeitbedarfen in den wechselnden Lebensphasen

267 Rechnung trägt, geben.

268 Die institutionelle Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen kann neue zeitliche

269 Gestaltungsspielräume eröffnen, auch für politisches Engagement von Frauen. Eine

270 zukunftsfähige Zeitpolitik ermöglicht ein geschlechter- und sorgegerechtes

271 Zusammenspiel von Erwerbsarbeit und Privatleben.

272 • Deshalb fordern wir die Entwicklung eines zeitpolitischen Konzeptes, das Erwerbs-

273 und Sorgearbeit verbindet.

274 Es muss möglich werden, Erwerbsarbeit mit familiären, persönlichen,

275 zivilgesellschaftlichen und politischen Aufgaben zu verbinden. Gelebte

276 Gleichberechtigung bedarf eines strukturellen Nachteilsausgleichs. Dafür muss sich

277 sozialdemokratische Politik weiterhin stark machen.

278 Krieg als Ausdruck von Antifeminismus

279 Krieg ist Ausdruck von Antifeminismus. Die derzeit wütenden großen militärischen

280 Konflikte zeigen deutlich die Strukturen patriarchalen Denkens, und sind Ausdruck von

281 Geschlechterungleichheit. Frauen sind in Kriegen verstärkt Opfer sexualisierter

282 Gewalt.

283 Andererseits sind Gesellschaften mit größerer Geschlechtergleichheit friedlicher.

284 Frauen spielen in der Friedensarbeit eine wichtige Rolle. Um einen nachhaltigen und

285 gerechten Frieden zu erreichen ist Voraussetzung die Überwindung von

286 Geschlechterungleichheit. Die feministische Friedensforschung setzt sich dafür ein,

287 die spezifischen Erfahrungen und Bedürfnisse von Frauen in Konflikt- und

288 Friedenssituationen zu berücksichtigen und Frauen in Entscheidungsprozesse

289 einzubinden.

290 • Eine wichtige feministische Forderung ist die Beteiligung von Frauen in allen

291 Phasen von Friedensprozessen, von der Konfliktlösung bis zum Wiederaufbau.

292 Der Kampf gegen Antifeminismus

293 Wir SPD FRAUEN fordern den Bundesparteitag, die Bundestagsfraktion und den

294 Parteivorstand auf, einen Aktionsplan gegen Antifeminismus zu entwickeln. Wir müssen

295 alles tun, dass die Gefahren antifeministischer Unterwanderung auch als eine Gefahr

296 für unsere Demokratie ernst zu nehmen und den giftigen Narrativen entgegenzutreten.

297 Betroffene müssen besser geschützt werden, die Aufklärung gefördert und

298 Errungenschaften abgesichert werden. In dem Aktionsplan werden die Maßnahmen für alle

299 zentralen Bereiche der Zivilgesellschaft, Bildung, Politik, Forschung, Justiz und

300 Polizei gebündelt. „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche

301 überwinden.“ Dieses Zitat aus dem Hamburger Grundsatzprogramm der SPD gilt immer

302 noch.

Antrag Ar01: Gleichen Lohn durchsetzen – EU-Lohntransparenz ambitioniert umsetzen

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Thüringen
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ar - Arbeit

1 Die SPD FRAUEN bekämpfen ihre bisherigen Beschlüsse zur Entgeltgleichheit und
2 fordern die SPD, die sozialdemokratischen Minister*innen in der Bundesregierung sowie
3 die SPD-Bundestagsfraktion auf, die EU-Lohntransparenzrichtlinie bis Juni 2026 nicht
4 nur fristgerecht, sondern ambitioniert umzusetzen. Ziel ist es, den Gender Pay Gap
5 endlich wirksam und dauerhaft zu schließen.

6 Konkret fordern wir:

7 **1. Umfassende Reform des Entgelttransparenzgesetzes**

- 8 • Verbindliche Berichtspflichten für Unternehmen ab 50 Beschäftigten einführen.
9 • Einführung einer Beweislastumkehr: Arbeitgeber müssen nachweisen, dass ungleiche
10 Bezahlung sachlich gerechtfertigt ist.
11 • Sanktionen bei Verstößen festzuschreiben, die wirksam, verhältnismäßig und
12 abschreckend sind.

13 **2. Öffentlichen Dienst als Vorreiter aufstellen**

- 14 • Bund, Länder und Kommunen sollen jährlich Equal-Pay-Reports veröffentlichen.
15 • Bei öffentlichen Ausschreibungen sollen Unternehmen nachweisen müssen, dass sie
16 Entgeltgleichheit gewährleisten.

17 **3. Kontrolle und Durchsetzung stärken**

- 18 • Eine zentrale Bundesstelle für Entgeltgleichheit einrichten, die die Umsetzung
19 überwacht, Berichte prüft und Beschwerden nachgeht.
20 • Betriebsräte und Gewerkschaften müssen umfassende Rechte zur Kontrolle und
21 Durchsetzung von Equal Pay erhalten.

22 **4. Sensibilisierung und Kulturwandel fördern**

- 23 • Aufklärungs- und Informationskampagnen zur Lohntransparenz starten.

Antrag Gb01: Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen – Schutz stärken, Täter in die Verantwortung nehmen

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD Frauen fordern Bundestagsfraktion, die SPD-geführten Ministerien und die SPD-geführten Länder auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:
 - 2 1. Wohnungen: Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften müssen einen verbindlichen Prozentsatz ihrer geförderten Wohnungen für von Gewalt betroffene Frauen reservieren, damit Flucht und Neuanfang nicht am Wohnungsmangel scheitern.
 - 3 2. Täter in die Verantwortung nehmen:
Täterprogramme müssen niedrigschwellig, mehrsprachig und flächendeckend angeboten werden – Familiengerichte sollen sie in allen Gewaltfällen verpflichtend anordnen können. Laufende Gesetzesvorhaben hierzu müssen zügig verabschiedet und mit ausreichenden Mitteln hinterlegt werden. Es muss darauf hingewirkt werden, dass Hochschulen „Täterarbeit häusliche Gewalt“ verbindlich in ihre Curricula integrieren, um genügend qualifizierte Fachkräfte auszubilden.
 - 4 3. Gefährdungsmanagement: In Hochrisikofällen ist eine elektronische Fußfessel nach spanischem Vorbild einzusetzen, um den Schutzzradius der Frau digital zu überwachen.
Bundesweit einheitliche Risikoeinschätzungen und Fallkonferenzen müssen Frauenhäuser und Beratungsstellen gleichberechtigt einbeziehen, ihre Einschätzungen sind Grundlage weiterer Maßnahmen. Jugendämter müssen zentrale, anonyme Fachstellen mit spezialisierten Teams und ausreichender Finanzierung erhalten. Familiengerichte werden durch regelmäßige Fortbildung für Fälle häuslicher Gewalt sensibilisiert. Häusliche Gewalt ist bei allen Entscheidungen in familienrechtlichen Verfahren zu berücksichtigen und die Umsetzung der Istanbul-Konvention zu beachten
 - 5 4. In
 - 6 5. Prävention & Fortbildung: Alle Berufsgruppen, die mit Familienverfahren befasst sind, müssen regelmäßige Fortbildungen zu häuslicher Gewalt und deren Auswirkungen auf Kinder erhalten. Lehr[] und Bildungspläne müssen Partnerschaftsgewalt altersgerecht thematisieren; geschlechtsstereotype Rollenbilder müssen frühzeitig reflektiert werden, um Gewaltrisiken zu senken.
 - 7 6. Bundesweite Koordinierungsstelle: Der Bund muss eine staatliche Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul[] Konvention einrichten, die strategisch, koordinierend und operativ tätig wird und damit föderale Lücken schließt sowie Mindeststandards beim Gewaltschutz sichert.
 - 8 7. Gewaltschutzgesetz entschlossen anwenden: Das Gesetz ist auch bei psychischer Gewalt konsequent anzuwenden; Verstöße gegen Schutzanordnungen sind konsequent

37 zu ahnden.

38 Bereits bei begründetem Verdacht gilt es präventive Schutzmaßnahmen zu
39 ergreifen, um Frauen und Kinder frühzeitig zu sichern. Dafür sind alle
40 Beteiligten zu sensibilisieren.

41 8. Sorge[¶] und Umgangsrecht anpassen: Mütter, die von Gewalt betroffen sind, müssen
42 das das alleinige Sorgerecht erhalten, da miterlebte Gewalt Kinder
43 traumatisiert.

44 In der akuten Trennungsphase bedarf es einer Umgangsaussetzung, bei der die
45 Adresse der Frau geheim bleibt und Anhörungen der Eltern getrennt erfolgen. Das
46 Wechselmodell und verpflichtende Mediationsgespräche sind in Gewaltfällen
47 auszuschließen. Ein betreuter Umgang kann erst nach abgeschlossenem
48 Tätertraining in Betracht kommen.

49 9. Digitale Überwachung verhindern: Wir fordern, dass der Bund niedrigschwellige
50 Beratungsangebote und polizeiliche Fachstellen zu digitaler
51 Partnerschaftsgewalt fördert und Aufklärungskampagnen finanziert.

52 10. Finanzielle Soforthilfe: Durch die Trennung in Fällen häuslicher Gewalt geraten
53 Frauen oft in eine finanzielle Notsituation. Bund und Länder müssen daher eine
54 unbürokratische, existenzsichernde Soforthilfe einrichten, welche die
55 Versorgungslücke zwischen Trennung und Bewilligung von Transferleistungen
56 überbrückt.

Antrag Gb02: Frauen schützen – Gewaltschutz voranbringen!

Laufende Nummer: 103

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesvorstand Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich nachdrücklich für die Erstellung
- 2 eines Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen
- 3 einzusetzen. Dieser soll sich ressortübergreifend und insbesondere in Zusammenarbeit
- 4 mit den relevanten Fachberatungsstellen die Durchsetzung des Rechts der Frauen auf
- 5 ein gewaltfreies Leben zur Aufgabe machen. Ziel ist die Umsetzung der Istanbul
- 6 Konvention auf einer strategischen Ebene, sowie die Definition von Zuständigkeiten
- 7 und Umsetzungszielen anhand eines strukturierten Zeitplans, um schließlich gemeinsam
- 8 effektive übergreifende Maßnahmen zu entwickeln.

Antrag Gb03: EU-Gewaltschutz konsequent umsetzen und Schutzlücken schließen

Laufende Nummer: 35

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Thüringen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD Frauen fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen
- 2 Mitglieder der Bundesregierung auf, die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen
- 3 Frauen und häuslicher Gewalt aus dem Jahr 2024 vollständig, ambitioniert und über den
- 4 Mindeststandard hinaus umzusetzen. Ziel ist es, Gewaltfreiheit als Grundrecht
- 5 tatsächlich durchzusetzen und bestehende Schutzlücken konsequent zu schließen.
- 6 Dazu ist das Gewalthilfegesetz in folgenden Punkten weiterzuentwickeln:
 - 7 1. Finanzierung und Strukturen nachhaltig sichern
 - 8 •Die Finanzierung von Frauenhäusern, Schutzwohnungen und Fachberatungsstellen ist
 - 9 dauerhaft durch eine verlässliche gesetzliche Grundlage zu garantieren.
 - 10 •Bund und Länder müssen gemeinsam ein bundesweit einheitliches Finanzierungsmodell
 - 11 schaffen, das die Träger unabhängig von kommunaler Haushaltsslage absichert.
 - 12 •Fachberatungsstellen müssen in allen Regionen – städtisch wie ländlich – in
 - 13 ausreichender Zahl vorhanden sein, damit jede gewaltbetroffene Frau
 - 14 niedrigschwolligen Zugang erhält.
 - 15 2. Bedarfsgerechte und barrierefreie Plätze schaffen
 - 16 •Die Zahl der Frauenhausplätze ist an den tatsächlichen Bedarfen auszurichten; das
 - 17 Istanbul-Übereinkommen fordert einen Platz pro 10.000 Einwohner:innen – dieser
 - 18 Standard muss bundesweit verbindlich erreicht werden.
 - 19 •Alle Einrichtungen, Frauenhäuser wie auch die Fachberatungsstellen, sind baulich und
 - 20 konzeptionell barrierefrei auszugestalten, um auch Frauen mit Behinderung
 - 21 uneingeschränkten Zugang zu ermöglichen.
 - 22 3. Zugang unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährleisten
 - 23 •Das Grundrecht auf Schutz vor Gewalt gilt für alle Frauen – unabhängig von Pass,
 - 24 Aufenthaltsstatus oder sozialem Hintergrund. Es darf keine Zugangsbeschränkungen
 - 25 geben.
 - 26 Die Finanzierung darf nicht von sozialleistungsrechtlichen Ansprüchen abhängen.
 - 27 4. Femizide sichtbar machen und wirksam bekämpfen
 - 28 •Femizide sind gesondert statistisch zu erfassen und regelmäßig zu veröffentlichen,
 - 29 um das Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt realistisch abzubilden.
 - 30 •Polizei, Justiz und Fachstellen müssen für die besondere Dynamik
 - 31 geschlechtsspezifischer Gewalt sensibilisiert und verpflichtend fortgebildet werden.
 - 32 •Präventionsstrategien und Schutzkonzepte sind speziell auf die Verhinderung von
 - 33 Femiziden auszurichten. Täterorientierte Maßnahmen sind zu etablieren (z.B.
 - 34 verpflichtende Täterprogramme zur Gewaltprävention).

- 35 5. Rechte der Betroffenen stärken
- 36 •Betroffene müssen einen Rechtsanspruch auf Schutz, Beratung, Unterbringung im
37 Frauenhaus und Vermittlung von Wohnraum erhalten.
- 38 •Sprachmittlung und diversitätssensible Beratung sind flächendeckend sicherzustellen.
- 39 •Opferrechte im Strafverfahren sind weiter zu stärken, u. a. durch erleichterten
40 Zugang zu psychosozialer Prozessbegleitung.

Antrag Gb04: Femizide - Geschlechtsbezogene Gewalt stoppen

Laufende Nummer: 50

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Saar
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Gb - Gewalt bekämpfen

1 Wir fordern:

- 2 • Verpflichtende Ausbildungsbestandteile sowie Fortbildungen, insbesondere für
3 Psychotherapeut*innen, Gesundheitspersonal, Polizei, Staatsanwaltschaften und
4 Justiz, einzuführen, wie in Artikel 15 der Istanbul-Konvention erklärt, mit dem
5 Ziel der
 - 6 a) Sensibilisierung, damit zukünftig insbesondere bei Taten in (Ex-)Beziehungen eine
7 strafverschärfende Berücksichtigung geprüft wird,
 - 8 b) Sensibilisierung für die Bedürfnisse und Rechte der von Gewalt Betroffenen, um
9 Geschlechterstereotype zu überwinden und sekundärer Viktimisierung vorzubeugen,
 - 10 c) Sensibilisierung der Ermittlungsbehörden, besonders auch in der Pressearbeit der
11 Polizei, die in Erstmeldungen und der weiteren Kommunikation nicht zur
12 Bagatellisierung von Femiziden beitragen darf.
- 13 • dafür zu sorgen, dass die betroffenen Stellen (Strafverfolgungsbehörden,
14 Justizbehörden, Gesundheits- und Sozialdienste) Daten erheben und diese nach
15 genderspezifischen Eigenschaften, Alter des Opfers und des Täters, ihrer
16 Beziehung zueinander, dem Tatort und der Art der Gewalt aufgeschlüsselt werden
17 und dass die Datenerhebung zwischen den Strafverfolgungsbehörden und dem
18 Justizsektor harmonisiert wird, um die Fälle von der Anzeigenerstattung über die
19 Strafverfolgung bis zu Gericht analysieren zu können,
- 20 • die Forschung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu fördern, um ihre
21 eigentlichen Ursachen und ihre Auswirkungen, ihr Vorkommen und die
22 Verurteilungsquote zu untersuchen,
- 23 • auf eine Reform des nationalen Strafrechts hinzuwirken, um eine Konformität der
24 Rechtspraxis mit den Anforderungen der Istanbul-Konvention zu erzielen,
- 25 • die Bearbeitungszeit bei den Strafverfolgungsbehörden zu verkürzen, damit
26 gewaltbetroffene weiblich gelesene Personen zeitnah zu ihrem Recht kommen;
- 27 • die Bundesländer auf, schon heute den Ausbau von Frauenhäusern, Schutzwohnungen
28 und Beratungsstellen voranzutreiben, um den ab 2032 geltenden Rechtsanspruch des
29 Gewalthilfegesetzes auf kostenlosen Schutz und Beratung gerecht werden zu
30 können,
- 31 • das Bundesförderprogramm "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" finanziell deutlich
32 aufzustocken. Ferner muss das Programm entfristet werden, sodass die Länder
33 besser planen können.
- 34 • die Bundesregierung auf, eine*n Beauftragt*en gegen Gewalt an weiblich
35 gelesenen Personen zu schaffen,
- 36 • die regelmäßige Durchführung von Kampagnen und Programmen zur

37 Bewusstseinsbildung auf allen Ebenen, um in der breiten Öffentlichkeit das
38 Bewusstsein und das Verständnis für die unterschiedlichen Erscheinungsformen von
39 geschlechtsbezogener Gewalt zu verbessern,
40 • die Aufnahme von Themen wie Gleichstellung von weiblich gelesenen Personen und
41 cis-Männern, Aufhebung von Rollenzuweisungen, geschlechtsbezogene Gewalt gegen
42 Frauen und Bewusstseinsbildung im Hinblick auf gängige Sexual- und
43 Vergewaltigungsmythen in die offiziellen Lehrpläne auf allen Ebenen des
44 Bildungssystems,
45 • besserer Schutz und Schutzzräume für trans Menschen
46 • Täterarbeit in Form von Kursen, in denen u.a. gelehrt wird, wie Konflikte
47 gewaltfrei, also ohne anderen physischen oder psychischen Schaden zuzufügen,
48 gelöst werden können.
49 Für verurteilte Täter ist die Teilnahme im Rahmen ihrer Strafe verpflichtend,
50 während sie für nicht verurteilte Täter auf freiwilliger Basis zugänglich ist.
51 Des Weiteren sollen Hilfsangebote bereitgestellt werden, um den Tätern und
52 diejenigen, die befürchten Täter zu werden dabei zu unterstützen, ihr Verhalten
53 zu verbessern und eine Wiederholungstat zu verhindern. Die Ausfinanzierung und
54 der Aufbau dieser Angebote dürfen niemals zu Lasten der finanziellen und
55 personellen Ausstattung von Angeboten zum Schutz der Betroffenen gehen.

56

Antrag Gb05: Femiziden entgegentreten!

Laufende Nummer: 76

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Wir wollen Frauen und Mädchen besser vor Gewalt schützen und fordern von der SPD-
- 2 Bundestagsfraktion die Umsetzung folgender Punkte:
 - 3 -Einführung einer bundeseinheitlichen Definition des Begriffs Femizid
 - 4 -Bildung und Aufklärung über Geschlechtergleichstellung, gewaltfreie Konfliktlösung
 - 5 und Respekt gegenüber Mädchen und Frauen in unseren Bildungseinrichtungen
 - 6 -Die Stärkung von Frauen und die Förderung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit, um
 - 7 ihre Fähigkeit zu stärken, sich gegen Gewalt zu wehren und aus gewalttätigen
 - 8 Beziehungen auszubrechen
 - 9 -Eine breite Sensibilisierungskampagne über die Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen
 - 10 und die Bedeutung von Geschlechtergleichstellung, um die gesellschaftlichen
 - 11 Einstellungen zu ändern und die Akzeptanz von Gewalt zu verringern
 - 12 -Evaluierung und finanzielle Unterstützung zur Weiterentwicklung des
 - 13 Hochrisikomanagements
 - 14 -Einen neuen Aktionsplan und ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen,
 - 15 das konkrete Maßnahmen vorsieht und mit einem umfassenden Budget und ausreichend
 - 16 Personal ausgestattet ist
 - 17 -Regelmäßige und Umfangreiche Erhebung von Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt
 - 18 mit der Berücksichtigung der Folgen von Gewalt auf das weitere Leben
 - 19 -Strafverschärfung bei Femiziden nach Art. 46 der Istanbul-Konvention, insbesondere
 - 20 die Anerkennung von niederen Beweggründen bei Tötungen gegen eine frühere oder
 - 21 derzeitige Ehefrau oder Partnerin begangen wurden
 - 22 -Opfer von Gewalt müssen Zugang zu sicheren Unterkünften, medizinischer Versorgung,
 - 23 psychologischer Unterstützung und rechtlicher Beratung erhalten
 - 24 Dafür müssen wir mehr Schutzräume für Frauen und Mädchen schaffen und endlich einen
 - 25 Rechtsanspruch auf Frauenhausplätze einführen. Zudem müssen wir unsere
 - 26 Frauenfachberatungsstellen stärken und dafür Sorge tragen, dass flächendeckend in
 - 27 ganz Deutschland Beratungsangebote zur Verfügung stehen:
 - 28 -Kostenlose psychosoziale Prozessbegleitung für Betroffene von häuslicher Gewalt, die
 - 29 physische, psychische, sexualisierte sowie soziale und finanzielle Gewalt
 - 30 miteinschließt
 - 31 -Einführung von verpflichtenden Fortbildungen und Schulungen für die Polizei,
 - 32 Richter*innenschaft und Staatsanwaltschaft
 - 33 -Einführung von verpflichtenden Anti-Gewalt Programme für gewaltauffällige Männer

Antrag Gb06: _Digitale Gewalt gegen Frauen beenden - unsere Nudes sind nicht euer Business!

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Der digitale Raum muss auch für Frauen ein gewaltfreier Raum sein. Daher fordern wir:
- 2 • ein Digitales Gewaltschutzgesetz, welches die besondere Betroffenheit von Frauen bei digitaler Gewalt mitdenkt und ihnen wirksame Instrumente an die Hand gibt.
- 3 • Strafrechtslücken bei bildbasierter Gewalt – auch für Deepfakes – müssen geschlossen werden
- 4 • Einen verbesserten Schutz vor digitalem Stalking
- 5 • die Einführung von Accountsperren und die Möglichkeit der Unterstützung vor Gericht durch ein Verbandsklagerecht der Betroffenenorganisationen wie HateAid.
- 6 • Host-Provider bzw. Access-Provider sollen Websites sperren müssen, die KI-Anwendungen mit expliziter Ausrichtung auf die Erstellung von Missbrauchs-Nacktbildern und -videos anbieten.
- 7 • Nacktbilder müssen konsequent von den Plattformen und Providern gelöscht werden.
- 8 • App-Stores sollen Apps nicht anbieten dürfen, wenn diese explizit auf die Erstellung von bildbasierter sexualisierter Gewalt ausgerichtet sind.
- 9 • Zahlungsdienste sollen keine Zahlungen mehr für Dienstleistungen abwickeln dürfen, die die Erstellung und Verbreitung bildbasierter sexualisierter Gewalt ermöglichen.
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17

Antrag Gb07: Antrag auf Sicherheit im digitalen Raum – Schutz für Frauen in Politik und Gesellschaft stärken

Laufende Nummer: 91

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV NRW
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Frauen vor digitaler Gewalt, insbesondere vor gezielten Angriffen aus dem rechten Spektrum, zu schützen.

3

Dazu gehören insbesondere:

- 4 Meldestellen und Beratungsangebote stärken:
 - 5 • Niedrigschwellige Meldestellen für digitale Gewalt weiter ausbauen und bekannter machen.
 - 6 • Beratungsangebote absichern und erweitern, die speziell auf digitale Gewalt, sexualisierte Belästigung und Drohungen im Netz eingehen.
- 7 Hass und Bedrohungen ernst nehmen:
 - 8 • Polizei und Justiz für digitale Gewalt sensibilisieren und verpflichten, Anzeigen wegen Hassnachrichten, Bedrohungen und sexualisierten Angriffen konsequent zu verfolgen.
 - 9 Plattformen in die Verantwortung nehmen:
 - 10 • Soziale Netzwerke verpflichten, gemeldete Hassangriffe zeitnah zu bearbeiten und wirksam zu entfernen.
 - 11 • Transparente Berichtspflichten einführen, damit offengelegt wird, wie viele Fälle von Hassrede, Drohungen und sexualisierter Gewalt im Netz bearbeitet wurden und wie.

Antrag Gb08: Einführung von „Nur Ja heißt Ja“ beim Sexualstrafrecht

Laufende Nummer: 81

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesvorstand Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die im Koalitionsvertrag verständigten
2 Maßnahmen zur Gewaltprävention, das Gewalthilfegesetz, umzusetzen. Zudem wird sie
3 aufgefordert eine Überprüfung zu verfolgen, ob die Intention des Grundsatzes „Nein
4 heißt nein“ im Sinne von „Nur ja heißt ja“ bzw. „Nur ja heißt nicht nein“ sich in der
5 Rechtspraxis wiederfindet.
- 6 Das deutsche Sexualstrafrecht folgt derzeitig dem Grundsatz „Nein heißt Nein“. Er
7 besagt, dass sexuelle Handlungen ohne Zustimmung strafbar sind. Zuvor galt das
8 Prinzip des „Opferwiderstands“, wonach eine Vergewaltigung nur dann strafbar war,
9 wenn das Opfer sich körperlich gegen den Angriff gewehrt hatte.
- 10 Jedoch ist ein klares „Ja“ als Ausdruck der Zustimmung entscheidend, um Personen vor
11 sexuellen Übergriffen und Gewalttaten zu schützen. Durch die Verankerung des
12 Grundsatzes „Ja heißt Ja“ im Sexualstrafrecht kann sichergestellt werden, dass
13 sexuelle Handlungen nur dann legal sind, wenn alle Beteiligten ausdrücklich ihr
14 Einverständnis geben. Der Grundsatz „Ja heißt Ja“ stärkt so die Selbstbestimmung und
15 Autonomie jedes:r Einzelnen.
- 16 Für uns ist selbstverständlich, dass Menschen die Kontrolle über ihren eigenen Körper
17 haben müssen und frei darüber entscheiden können, welche sexuellen Handlungen sie
18 zulassen möchten. Die Einführung des Grundsatzes „Ja heißt Ja“ kann Klarheit und
19 Verbindlichkeit in Bezug auf die Zustimmung zu sexuellen Handlungen schaffen. Auf
20 diese Weise werden Missverständnisse und Grauzonen reduziert, was sowohl den
21 Opferschutz als auch den Rechtsschutz für alle Beteiligten verbessert. Die
22 Verankerung des Grundsatzes „Ja heißt Ja“ im Sexualstrafrecht trägt folglich zur
23 Entwicklung eines zeitgemäßen und aufgeklärten Rechtsbewusstseins bei. Es sendet die
24 klare Botschaft aus, dass sexuelle Handlungen nur dann akzeptabel sind, wenn sie
25 einvernehmlich erfolgen.
- 26 Um das zu erreichen, fordern wir:
- 27 -Eine klare gesetzliche Definition im Strafgesetzbuch dafür geschaffen wird, was als
28 ausdrückliche Zustimmung zu sexuellen Handlungen gilt. Dies kann beispielsweise durch
29 die Formulierung festgelegt werden, dass Zustimmung freiwillig, bewusst und ohne
30 jegliche Form von Zwang oder Druck erfolgen muss,
- 31 -Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Aufklärung durchgeführt werden. Dies umfasst
32 die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema der Zustimmung sowie die
33 Förderung eines respektvollen und gleichberechtigten Umgangs miteinander,
- 34 -Opferschutzmaßnahmen gestärkt und Unterstützungsangebote für Betroffene von
35 sexualisierter Gewalt ausgebaut werden. Dies umfasst unter anderem die Bereitstellung
36 von Beratungsstellen, psychosozialer Unterstützung und rechtlicher Hilfe.

Antrag Gb09: Schutzlücken schließen beim Gewalthilfegesetz

Laufende Nummer: 87

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesvorstand Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD Frauen fordern die SPD Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen
- 2 Mitglieder der Bundesregierung auf, das auf Bundesebene beschlossene
- 3 Gewalthilfegesetz weiterzuentwickeln, um allen Menschen, insbesondere aber allen, die
- 4 überproportional von Gewalt und von gesellschaftlicher Marginalisierung betroffen
- 5 sind, einen Zugang zu Schutz und Hilfe zu ermöglichen.
- 6 Bisher sind trans* Frauen, inter* und nicht binäre Personen nicht abgesichert, bei
- 7 Frauen mit unsicherem Aufenthaltsstatus bestehen Hürden, die den Schutz erschweren.
- 8 Die Bedürfnisse nach realer und gefühlter Sicherheit und Schutz von allen betroffenen
- 9 Frauen muss zu jeder Zeit gewährleistet und sichergestellt sein.

10

Antrag Gb10: Fortbestehen des" Fonds Sexueller Missbrauch"

Laufende Nummer: 69

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der "Fonds Sexueller Missbrauch" rechtssicher
- 2 fortbesteht und eine dauerhafte Finanzierungsgrundlage erhält.
- 3 Der "Fonds Sexueller Missbrauch" ist im August dieses Jahres ausgelaufen.
- 4 Rückwirkend zum 17. März 2025 wurden bereits gestellte Anträge nicht mehr
- 5 berücksichtigt. Der Fonds Sexueller Missbrauch war in den letzten Jahren in
- 6 mehrfacher Hinsicht für die Betroffenen von sexualisierter Gewalt in der Kindheit in
- 7 Deutschland von enormer Bedeutung und muss daher Sicht der Fachleute und
- 8 Fachgesellschaften, die im Bereich der Beratung, Betreuung und Behandlung komplexer
- 9 Traumatisierungen tätig sind, unbedingt fortgeführt werden

Antrag Gb11: Leid anerkennen, Aufklärung vorantreiben - Das Schicksal der Verschickungskinder muss endlich transparent gemacht werden.

Laufende Nummer: 99

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesvorstand Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass die in Zeile 3212 und 3213 des Koalitionsvertrags aufgenommene Absichtserklärung die Aufarbeitung der 3 Misshandlungen von Kindern bei Kuraufenthalten zwischen 1950 und 1990 zu unterstützen 4 kein bloßes Lippenbekenntnis bleibt und das Schicksal der sogenannten 5 Verschickungskinder endlich transparent gemacht wird.

Antrag Gb12: Sexistische Äußerungen auch außerhalb parlamentarischer Räume sanktionieren

Laufende Nummer: 100

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV NRW
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Gb - Gewalt bekämpfen

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordern die SPD-Parteivorstand und SPD-Bundesfraktion auf, dass sexistische, herabwürdigende oder sexualisierte Äußerungen von Politiker:innen, auch außerhalb parlamentarischer Gremien, klar geahndet und öffentlich verurteilt werden.
- 5 Dazu fordern die Bundeskonferenz SPD-Frauen:
 - 6 1. Verbindliche Regeln in Partei und Fraktionen
 - 7 • Partei und Fraktionen müssen verbindliche Verhaltenskodizes gegen Sexismus erarbeiten.
 - 9 • Verstöße sind zu sanktionieren
 - 10 2. Verantwortung übernehmen Wiederholte Fälle müssen parteiintern zu Ordnungsverfahren führen.
 - 12 3. Politische Kultur stärken
 - 13 • Sexistische Äußerungen im öffentlichen Raum (Interviews, Social Media, Kundgebungen) sind nicht nur persönliche Entgleisungen, sondern beschädigen das demokratische Miteinander und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen.
 - 16 • Die SPD verpflichtet sich, Fälle sexistischer Sprache konsequent zu benennen und öffentlich zu kritisieren.

Antrag G01: Erhalt und Ausbau von flächendeckenden und wohnortnahen Versorgungsstrukturen für Schwangerschaftsabbrüche und Schwangerenkonfliktberatung in Deutschland

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit

1. Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass alle Bundesländer ihren Auftrag zur Sicherstellung der Versorgungslage von Frauen beim Schwangerschaftsabbruch gerecht werden.
2. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in Zusammenarbeit mit Ärztinnen und Ärzten, die aktuell Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, sowie Stellen der Schwangerschaftskonfliktberatung ein „Versorgungsplan Schwangerschaftsabbrüche und Schwangerschaftskonfliktberatung“ aufgesetzt und zügig umgesetzt wird.
3. Ziel des Plans muss es sein, dass es Frauen in Deutschland flächendeckend und wohnortnah ermöglicht wird, mit dem öffentlichen Nahverkehr innerhalb maximal einer Stunde eine Praxis oder Klinik zu erreichen, die Schwangerschaftsabbrüche vornimmt.
4. Ziel des Plans muss es zudem sein, dass Frauen in Deutschland flächendeckend und wohnortnah innerhalb einer Stunde mit dem öffentlichen Nahverkehr eine Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle erreichen können.
5. Ziel des Plans muss es insbesondere sein, Tendenzen in den Versorgungsstrukturen in Deutschland zu erkennen, um rechtzeitig das Angebot wesentlich ausweiten zu können.
6. Hierfür wird ein regelmäßiges Monitoring bzgl. der ausreichenden Versorgung mit Anlaufstellen für Schwangerschaftsabbrüche und Schwangerenkonfliktberatungen vorgenommen.
7. Die Bundesregierung muss den Beratungsstellen der Schwangerenkonfliktberatung eine Liste von Praxen und Kliniken zur Verfügung stellen, die auflistet, welche Praxen und Kliniken/Krankenhäuser regelmäßig, und nicht nur in Einzelfällen oder bei medizinischer Indikation, Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. In der Liste ist darzustellen, welche dieser Praxen und Kliniken/Krankenhäuser barrierefrei sind.
8. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Krankenhäuser und Kliniken in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft oder mit öffentlicher Förderung Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. SSW anbieten müssen, um den Sicherstellungsauftrag zu erfüllen. Sie müssen regelmäßig und nicht nur in Einzelfällen oder bei medizinischer Indikation Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.
9. Es muss veranlasst werden, dass an allen medizinischen Hochschulen im Rahmen des Medizinstudiums das Erlernen der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zwingend vorausgesetzt wird, wenn die Schwerpunktsetzung in der Gynäkologie erfolgt. Keine

- 34 Ärzt*in soll in Deutschland Gynäkolog*in werden können, ohne Schwangerschaftsabbrüche
35 vornehmen zu können.
- 36 10. Zum Erhalt und Ausbau der Versorgungsstrukturen für Schwangerschaftsabbrüche
37 werden flächendeckend auch telemedizinische Angebote für medikamentöse
38 Schwangerschaftsabbrüche erleichtert und ausgebaut. Auf Barrierefreiheit ist auch
39 hier zu achten.
- 40 11. Es ist sicherzustellen, dass für alle Frauen in Deutschland die Möglichkeit
41 besteht, die legale Methode des Schwangerschaftsabbruches frei zu wählen. Alle
42 Methoden müssen für alle Frauen innerhalb einer Stunde erreichbar sein.

Antrag G02: Reproduktive Gesundheit zukunfts-fähig machen - Forschung zu Verhütungsmittel für Männer gezielt fördern

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit

- 1 1. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, die zuständigen SPD-Minister*innen sowie die SPD Europaabgeordneten setzen sich für Maßnahmen zur nachhaltigen Finanzierung von Verhütungsmittelforschung ein.
- 2 2. Um die Forschungsmaßnahmen im Bereich Verhütungsmittel in Zukunft weiter gezielt zu fördern, werden insbesondere folgende Maßnahmen gefordert:
 - 3 a. Entwicklung nebenwirkungsarmer Verhütungsmethoden für Frauen und Männer.
 - 4 b. Weiterentwicklung der "Richtlinie zur Förderung der Verhütungsmittelforschung für alle Geschlechter" des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR)
 - 5 c. Das Budget für Verhütungsmittelforschung für alle Geschlechter muss langfristig angehoben werden, damit sowohl präklinische, als auch klinische Studien durch das BMBF gefördert werden können.
 - 6 3. Zulassungsregularien sollten dahingehend angepasst werden, dass die Zulassung von Verhütungsmitteln für Männer möglich wird.
 - 7 4. Finanzielle Förderungen und fachliche Zusammenarbeit mit NGO Gruppen wie z.B. „Better Birth Control e.V.“ sind zu unterstützen.

Antrag G03: Sichere Verhütung ermöglichen

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit

1 Forderungen:

- 2 1. Kostenlose Verhütung für alle: Krankenkassen sollten sämtliche Kosten für verschreibungs- und nicht-verschreibungspflichtige Verhütungsmittel übernehmen – unabhängig von Alter, Geschlecht oder Einkommen.
- 5 2. Forschung ausbauen – Verhütungsmittel für alle Geschlechter: Staatliche Förderprogramme für nebenwirkungsarme Methoden für Frauen und neue Optionen für Männer müssen erforscht und finanziert werden. Die im Januar 2025 veröffentlichte BMBF-Richtlinie „Verhütungsmittelforschung für alle Geschlechter“ wird begrüßt. Sie muss dringend weiterverfolgt und umgesetzt werden.
- 11 3. Gleichberechtigte Verantwortung stärken: Eine bundesweite Aufklärungskampagne zur Rolle von Männern in der Verhütung stärkt die Aufmerksamkeit für die Verantwortung aller Geschlechter für Verhütung. Lehr- und Informationsmaterialien, die nicht binäre und trans* Personen einbeziehen, müssen hierbei berücksichtigt werden.

16

Antrag G05: Geschlechtergerechte Gesundheitspolitik endlich umsetzen: Frauengesundheit systematisch stärken

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit

- 1 Wir erneuern unsere Forderungen nach einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik und einer systematischen Stärkung der Frauengesundheit:
 - 3 1. Frauenspezifische Inhalte in Studium und Ausbildung verankern:
 - 4 geschlechtsspezifische Symptomatiken (z. B. bei Herzinfarkt) müssen
 - 5 verpflichtend und vertiefend in medizinische Curricula aufgenommen werden.
 - 6 Bundes- und Landesmittel für Professuren, Lehrstühle und Fortbildungsprogramme
 - 7 in Geschlechtermedizin müssen weiterhin ausgebaut werden.
 - 8 2. Forschungslücken schließen
 - 9 • Wechseljahre: Es müssen mehr Förderprogramm für Diagnostik & Therapie
 - 10 2. menopausaler Beschwerden aufgelegt werden, da Frauen in der Menopause häufig
 - 11 falsch therapiert werden.
 - 12 • Brustkrebs-Vorsorge: Es müssen patient*innen-freundliche, schmerzärmere
 - 13 2. Screeningmethoden als die Mammographie entwickelt werden; kostenlose
 - 14 Mammographie sollte nicht bis 75 befristet bleiben, sondern aufgrund höherer
 - 15 Lebenserwartung entfristet werden
 - 16 3. Endometriose früh erkennen: Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen
 - 17 Gesetzentwurf bzw. einen Antrag einzubringen, der den Gemeinsamen
 - 18 Bundesausschuss (G-BA) beauftragt, den seit 2023 verfügbaren Speicheltest
 - 19 (z.B. Endotest®) mit nachgewiesener Sensitivität von 95% innerhalb von
 - 20 14 Tagen in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)
 - 21 aufzunehmen. Bis zur formalen Aufnahme sind unbürokratische
 - 22 Kostenerstattungsverfahren sicherzustellen.
 - 23 4. Lipödem: Die Versorgungs- und Behandlungsmöglichkeiten einer Lipödemerkkrankung
 - 24 müssen ausgeweitet werden.

Antrag G06: Gendermedizin verbindlich im Gesundheitssystem verankern

Laufende Nummer: 88

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV NRW
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordert die SPD-Bundestagsfraktion erneut auf, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass Gendermedizin verbindlich im Gesundheitssystem verankert wird.
- 4 Konkret bedeutet das:
 - 5 1. Ausbildung und Studium: Gendermedizin wird fester Bestandteil aller medizinischen und pflegerischen Studiengänge sowie ärztlicher Weiterbildungen.
7 Denn bislang werden Frauen in der medizinischen Forschung und Therapie
8 benachteiligt.
 - 9 2. Forschung: Klinische Studien müssen geschlechtsspezifische Unterschiede
10 systematisch berücksichtigen. Die Forschung zu frauenspezifischen Erkrankungen
11 wie z.B. Endometriose und Lipödem ist gezielt auszubauen.
 - 12 3. Vorsorge & Versorgung: Der Aufbau spezialisierter Zentren für Endometriose und
13 Lipödem wird bundesweit vorangetrieben. Frauenspezifische Angebote in
14 Geburtshilfe, reproduktiver Gesundheit und Gewaltprävention sind auszubauen.
 - 15 4. Aufklärung: Patientinnen werden über unterschiedliche Symptome und
16 Krankheitsverläufe gezielt informiert, z.B. durch Öffentlichkeitskampagnen –
17 etwa zu Herzinfarkten bei Frauen.

Antrag G07: Schutz sensibler Gesundheitsdaten in der elektronischen Patientenakte gewährleisten

Laufende Nummer: 38

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Thüringen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit

1 Die SPD FRAUEN fordern die SPD, die sozialdemokratischen Minister*innen in der
2 Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich bei der Weiterentwicklung
3 der elektronischen Patientenakte (ePA) für höchste Datenschutz- und
4 Selbstbestimmungsstandards einzusetzen. Insbesondere hochsensible Gesundheitsdaten zu
5 reproduktiver Gesundheit, Schwangerschaftsabbrüchen und Gewalterfahrungen müssen
6 besonders geschützt werden.

7 Wir fordern daher:

8 1. Einfache Steuerung für Patient:innenPatient*innen

9 • Die Steuerung der Zugriffsrechte muss über eine niedrigschwellige, barrierefreie
10 und
11 patient:innenfreundliche Anwendung erfolgen.

12 • Informationen zu Zugriffsrechten und Datenfreigaben sind in klarer, leicht
13 verständlicher Sprache bereitzustellen – auch in mehreren Sprachen.

14

15 ~~Jede:r Patient:in~~ Jede*r Patient*in erhält ein Zugriffsprotokoll in Echtzeit, in
16 dem nachvollziehbar

17 ist, wer wann auf welche Daten zugegriffen hat.

18 2. Explizite Zustimmung für sensible Daten

19 • Daten zu reproduktiver Gesundheit (z. B. Schwangerschaftsabbrüche,
20 Fertilitätsbehandlungen, gynäkologische Diagnosen) sowie zu Gewalterfahrungen dürfen
21 nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Patient*innen freigegeben werden.

22 • Diese Zustimmung muss aktiv erteilt und jederzeit widerrufbar sein („Opt-in“ statt
23 automatischer Freigabe).

24 3. Feingranulare Zugriffssteuerung als Standard

25 • Patient*innen müssen entscheiden können, welche Ärzt*innen oder Institutionen welche
26 Dokumente sehen dürfen.

27 • Es ist sicherzustellen, dass sensible Einträge einzeln sperrbar und nicht
28 automatisch mit der gesamten Akte freigegeben sind.

29 • Technische Standards müssen garantieren, dass diese Rechte einfach umgesetzt und
30 transparent dokumentiert werden.

31 4. Besonderer Schutz vor Diskriminierung und Stigmatisierung

32 • Es ist gesetzlich sicherzustellen, dass sensible Gesundheitsdaten nicht ohne
33 Einwilligung in Verfahren mit Behörden, Arbeitgeber*innen oder Versicherungen
34 gelangen.

- 35 •Für Daten zu Schwangerschaftsabbrüchen, sexualisierter Gewalt, psychischen
36 Erkrankungen, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung müssen Sonderregelungen
37 gelten, um eine missbräuchliche Nutzung auszuschließen.
- 38 •Ärzt*innen und medizinisches Personal sind verpflichtend zu schulen, wie sensible
39 Daten im Sinne der Patient:innenrechte geschützt werden.
- 40 5. Rechtliche und technische Sicherungen ausbauen
- 41 •Der Gesetzgeber muss klarstellen, dass die Nutzung sensibler Daten zu Zwecken der
42 Strafverfolgung oder Leistungseinschränkung ausgeschlossen ist.
- 43 •Technische Mindeststandards (Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, Zwei-Faktor-
44 Authentifizierung, pseudonymisierte Speicherung) sind verpflichtend vorzuschreiben.
- 45 •Bei Verstößen gegen die Datenschutzbestimmungen müssen spürbare Sanktionen greifen.

Antrag G08: Knochendichte-Messung muss Vorsorge-Untersuchung werden, die von der Krankenkasse bezahlt wird

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Hamburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit

- 1 Die Knochendichte-Messung muss als regelhafte Vorsorge-Untersuchung für alle Menschen
- 2 über 50 Jahre kostenlos angeboten werden. Die Kosten hierfür müssen die Krankenkassen
- 3 übernehmen.

Antrag G09: Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und Aufklärung von Frauen in den Wechseljahren

Laufende Nummer: 40

Antragsteller*in:	SPD-Frauen KV Jena
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit

- 1 Die medizinische Versorgung und gesellschaftliche Aufklärung in Bezug auf die
2 Wechseljahre (Menopause, Perimenopause und auch die Postmenopause) muss verbessert
3 werde. Dazu gehören insbesondere:
- 4 • Bereitstellung öffentlicher Informations- und Aufklärungskampagnen, um
5 Vorurteile abzubauen, Wissen zu verbreiten und Selbsthilfestrukturen zu stärken
 - 6 • Aufnahme der Wechseljahre und ihrer gesundheitlichen Herausforderungen als
7 verbindlichen Bestandteil in die medizinische Aus- und Weiterbildung (inkl.
8 Allgemeinmedizin, Gynäkologie, Psychologie)
 - 9 • Ausbau einer flächendeckenden Versorgung mit spezialisierten Beratungsstellen
10 und interdisziplinären Kompetenzzentren für Frauengesundheit, die auch auf die
11 Wechseljahre spezialisiert sind
 - 12 • Kostenübernahme evidenzbasierter Therapien (inkl. Hormontherapie, wenn
13 medizinisch indiziert) durch die gesetzlichen Krankenkassen
 - 14 • Unterstützung von Forschungsvorhaben zu den Wechseljahren, insbesondere zu
15 Langzeitwirkungen, Therapieformen und psychosozialen Aspekten

Antrag G10: Früherkennung als entscheidender Schlüssel beim Kampf gegen Krebs

Laufende Nummer: 49

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Saar
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit

- 1 Wir fordern, dass Lücken im Krebs – Vorsorgesystem geschlossen werden und
- 2 Untersuchungen, die bisher als IGel-Leistungen privat gezahlt werden müssen auch in
- 3 den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden.
- 4 Konkret fordern wir folgende Früherkennungsuntersuchungen:
 - 5 - Ultraschalluntersuchung der Brust bei dichtem Brustgewebe ergänzend zur
 - 6 Mammographie
 - 7 - jährliche Ultraschalluntersuchung von Gebärmutter und Eierstöcken zusätzlich zu
 - 8 Tastuntersuchung
 - 9 - vaginaler Ultraschall
 - 10 - HPV-Test
 - 11 - jährlicher PAP-Abstrich
- 12 Ergänzend fordern wir präventiv die altersunabhängige Übernahme der HPV-Impfung für
- 13 Frauen und Männer

Antrag G11: Stärkung der Adipositasbehandlung durch verpflichtende Kostenübernahme der Krankenkassen von Ernährungstherapie vor und nach bariatrischen Operationen

Laufende Nummer: 104

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion sorgt für Gesetzesinitiativen, die Krankenkassen verpflichten, die Kosten für eine qualifizierte Ernährungstherapie vor und nach bariatrischen Operationen (z.B. Magenverkleinerung) vollständig zu übernehmen.
- 2
- 3

Antrag G13: Anerkennung von familiennaher Geburtshilfe als staatliche Pflicht

Laufende Nummer: 92

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gesundheit

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für eine flächendeckende, familiennahe Geburtshilfe, d.h. eine wohnortnahe Versorgung durch Hebammen und Geburtshilstationen, einzusetzen. Insbesondere sind die Tätigkeitshemmnisse für Hebammen abzubauen und die im Zuge der Krankenhausreform geplanten Zentralisierungen, Spezialisierungen und Schließungen von Geburtshilstationen kritisch zu hinterfragen um die staatliche Pflicht einer angemessenen Versorgung Gebärender zu erfüllen.

Antrag G14: Gesundheit ist ein Menschenrecht – für eine solidarische und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung

Laufende Nummer: 83

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV NRW
Status:	Sonstiges Resolution
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordert die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Parteivorstand auf, folgenden Beschluss zu fassen:
- 2
- 3 1. Die SPD bekennt sich ausdrücklich dazu, dass Gesundheit ein Menschenrecht ist
- 4 und unabhängig von Einkommen, Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Lebenssituation
- 5 gewährleistet werden muss.
- 6 2. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, den
- 7 Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Menschen in Deutschland
- 8 sicherzustellen – auch für jene, die bisher durch bürokratische, finanzielle
- 9 oder rechtliche Hürden ausgeschlossen sind. Dazu gehören insbesondere
- 10 wohnungslose Menschen, Geflüchtete, EU-Bürger*innen ohne
- 11 Krankenversicherungsschutz, Saisonarbeiter, Papierlose und Menschen in prekären
- 12 Lebenslagen.

Antrag Int01: Frauen, Flucht und Migration

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Int - Internationales

- 1 Frauen und Mädchen stellen nach jüngsten Schätzungen etwa die Hälfte der weltweiten
2 Menschen auf der Flucht. In der Regel sind sie es, die dabei die Fluchtentscheidung
3 für sich und ihre Familien treffen, um Kinder zu schützen und Perspektiven zu
4 schaffen. Fluchtursachen sind dabei oft eine patriarchale Struktur im Herkunftsland,
5 sexualisierte Gewalt im familiären Umfeld oder staatlichen Stellen und immer auch die
6 Ausübung sexualisierter Gewalt als demütigendes Motiv und Waffe in Kriegen und
7 Konflikten.
- 8 Diese Frauen und Mädchen haben häufig schlimmste Trauma-Erfahrungen. Aufgrund langer
9 Fluchtwege und Lebensumstände auf der Flucht fehlt Mädchen oft die Schulbildung. Und
10 auch wenn die Frauen ihre Heimat wegen Gewalt verlassen haben, bedeutet das nicht das
11 Ende ihrer Erfahrungen mit (sexualisierter) Gewalt auf den Fluchtrouten und in
12 Flüchtlingslagern.
- 13 Bis heute herrscht jedoch nach wie vor das Bild, Mädchen und Frauen seien „Anhängsel“
14 der Migration und Flucht von Männern, seien Familienangehörige, weil dieses Bild
15 durch unsichere Fluchtrouten, die Frauen mit Familienpflichten Zugänge erschweren
16 oder verwehren, in Europa dominiert. So fehlt in der Migrations-Fluchtforschung ein
17 Genderblick auf Ursache und Bedürfnisse von Frauen.
- 18 • Es bedarf in der Migrations- und Fluchtforschung die Erweiterung der Thematik unter
19 Gendergesichtspunkten. Dafür müssen Ressourcen von Europa-, Bundes- und Landesebene
20 bereitgestellt werden.
- 21 • Den besonderen Fluchterfahrungen von Frauen und Mädchen, und der bestehenden
22 weiteren Gefährdung in Flüchtlingslagern muss in den Aufnahmebedingungen und
23 Aufnahmeeinrichtungen Rechnung getragen werden. Um das zu gewährleisten, müssen die
24 Kommunen und Kreise von Bundesebene mit finanziellen und personellen Mitteln
25 ausgestattet werden.
- 26 • Es bedarf mehr gezielter Beratungsangebote und eines Ausbaus von Netzwerk-
27 strukturen, um die geflüchteten Frauen und Mädchen zu unterstützen und zu stärken.
28 Diese müssen niedrigschwellig zugänglich sein und mit ausreichenden Finanzmittel
29 ausgestattet. Der Erwartungsdruck an eine rasche Integration durch schnellen
30 Spracherwerb, Bildung, Versorgung der Familie und Arbeitsmarktintegration ist sehr
31 hoch. Hierfür sind strukturelle Ressourcen notwendig, die bereitgestellt werden
32 müssen. Für beide Punkte müssen Bundesmittel bereitgestellt werden.
- 33 • Fluchtrouten nach Deutschland sind für weibliche Geflüchtete, vor allem mit
34 Kindern, nicht zu bewältigen. Wir fordern daher vom **Bundestag** die sofortige
35 Wiedereinsetzung des Familiennachzugs, der vor allem für Frauen oft der einzige
36 sichere Weg nach Deutschland ist.

Antrag Int02: Unsere Vision: ein geeintes Europa

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Int - Internationales

- 1 Wir fordern im neuen Grundsatzprogramm der SPD ein klares Bekenntnis zu einem Bündnis
- 2 der Vereinigten Staaten von Europa als ein Friedensprojekt, das auf Menschenwürde,
- 3 Rechtstaatlichkeit, Toleranz, Meinungsfreiheit, Solidarität und Demokratie beruht.
- 4 Wir leben in Zeiten großer globaler Veränderungen. Klimakrise, Kriege wie in der
- 5 Ukraine und im Nahen Osten, humanitäre Katastrophen und weltweit wachsende soziale
- 6 Ungleichheit sind die derzeitig großen Herausforderungen der internationalen
- 7 Gemeinschaft.
- 8 Doch statt einer gemeinsamen Strategie erleben wir einen Trend zur Deglobalisierung
- 9 und Spaltung innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft.
- 10 In der EU wächst die Europaverdrossenheit, neue Nationalisten sind überall auf dem
- 11 Vormarsch. Damit einher gehen ein erstarkender Rechtsextremismus und Antifeminismus.
- 12 Zunehmend gerät die Demokratie unter Druck.
- 13 Angesichts der globalen Krisen und der sich verändernden Weltordnung kommt Europa
- 14 mehr denn je eine bedeutende Rolle für die Bewältigung der ökologischen und digitalen
- 15 Transformation zu.
- 16 Eine Europäische Union kann der Schlüssel für die Bewältigung der Herausforderungen
- 17 sein, im Kampf gegen Armut und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle
- 18 Menschen.
- 19 Ein geeintes Europa fördert die Gleichstellung und bekämpft patriarchale Strukturen.
- 20 Ein geeintes Europa stärkt die emanzipatorische Geschlechterpolitik und treibt die
- 21 Gleichstellung in den Mitgliedstaaten voran. In einem geeinten Europa wird der Fokus
- 22 auf der Stärkung der Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen liegen.
- 23 Eine feministische Perspektive betont die Verbindung zwischen
- 24 Geschlechtergleichstellung und einer fairen, demokratischen Gesellschaft, was eine
- 25 klare Priorität für ein geeintes Europa darstellt.
- 26 Für eine gerechte und soziale Lösung der globalen Probleme, wie die wachsende soziale
- 27 Ungleichheit und den Klimawandel, braucht es ein vereintes, solidarisches und
- 28 nachhaltiges Europa, das sich nationalistischen und rechtspopulistischen Kräften
- 29 entschlossen entgegenstellt.
- 30 Bereits 1925 forderte die SPD in ihrem Heidelberger Programm erstmals die Bildung der
- 31 Vereinigten Staaten von Europa, ein Meilenstein sozialdemokratischer Geschichte.
- 32 Diese Vision wollen wir weiterentwickeln. Europa muss geeinter, demokratischer werden
- 33 und stärker für soziale und ökologische Ziele stehen.

Antrag Int03: Schutz für gefährdete Afghaninnen und Afghanen garantieren – Aufnahmezusagen einhalten!

Laufende Nummer: 59

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV RLP
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Int - Internationales

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Minister*innen werden dazu aufgefordert, das Bundesaufnahmeprogramm für Ortskräfte in Afghanistan umgehend fortzuführen, um besonders gefährdeten afghanischen Bürger*innen, die aufgrund ihrer früheren Tätigkeit für deutsche Behörden oder Organisationen seit der Machtübernahme der Taliban akut bedroht sind, Schutz und Zuflucht in Deutschland zu gewähren. Zudem muss sichergestellt werden, dass alle Personen mit bereits erteilter Aufnahmezusage nach Deutschland einreisen können.

Antrag Int04: Bundesweiter Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden in den Irak sowie ein landesweiter temporärer Abschiebestopp für RLP

Laufende Nummer: 60

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV RLP
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Int - Internationales

- 1 Die Abschiebung von Jesid*innen in den Iran waren bis zum Jahresbeginn 2024
- 2 ausgesetzt. Der Abschiebestopp, den die Konferenz der Landesinnenministerinnen und
- 3 Landesinnenminister im Dezember 2022 beschlossen hatte, ist jedoch inzwischen längst
- 4 ausgelaufen.
- 5 Der Deutsche Bundestag hat im Januar 2023 die Gräueltaten der islamistischen
- 6 Terrororganisation IS an der Minderheit der Jesid*innen im Irak im Jahr 2014 als
- 7 Völkermord anerkannt. Etwa 10.000 jesidische Männer wurden durch den IS ermordet,
- 8 7000 Frauen und Mädchen entführt – mindestens 2000 sind bis heute vermisst. Die
- 9 Verschleppung, Versklavung und die Vergewaltigungen der Frauen und die Ermordung der
- 10 Männer wurden von Beginn an systematisch durch den IS sowohl im Irak als auch in
- 11 Syrien eingesetzt, um Jesid*innen in ihrer Gesamtheit und Geschlossenheit über Generationen hinweg
- 12 zu zerstören.
- 13 Die gesellschaftliche Ausgrenzung und Verfolgung im Irak als ethno-religiöse
- 14 Gemeinschaft durch die muslimisch geprägte Mehrheitsgesellschaft ist bis heute
- 15 Realität. Schätzungsweise leben hierzulande etwa 250.000 Jesid*innen – die größte jesidische
- 16 Diaspora-Gemeinschaft weltweit. Doch **vielen von ihnen droht die**
- 17 **Abschiebung zurück nach Irak.** - Viele überlebende Jesid*innen in Deutschland bedürfen
- 18 heute immer noch aufgrund ihrer schweren körperlichen, aber insbesondere auch psychischen Traumata, besonderen Schutz und Unterstützung.
Wir fordern bundesweit einen Abschiebestopp dieser Personengruppe.

Antrag IR01: Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD wird in den ihr zur Verfügung stehenden Gremien eine zügige rechtliche
- 2 Prüfung eines Verbotes der Partei „Alternative für Deutschland“ anstoßen und bei
- 3 erfolgreicher Prüfung einen Verbotsantrag stellen.

Antrag IR02: Kampf gegen Rechtsextremismus = Kampf gegen Antifeminismus

Laufende Nummer: 72

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD wird in allen ihren Gliederungen und auf allen ihren Ebenen aufgefordert, sich aktiv gegen antifeministische, femonationalistische sowie gegen biologistisch-sexistische, diversitäts- und transfeindliche Narrative einzusetzen – auch dort, wo sie im Gewand von „Tradition“, Religion oder vorgeblicher „Sorge um die gesellschaftliche Entwicklung“ vorgebracht oder als „anti-woke“ scheinbar verharmlost werden.
- 2 Die SPD wird in allen Gliederungen und auf allen Ebenen aufgefordert, sich und die Öffentlichkeit auf geeigneten Veranstaltungen darüber zu informieren, dass Antifeminismus integraler, ja zentraler Bestandteil rechtsextremer Ideologien weltweit ist und überall als wirksamer „Hebel“ verwendet wird, um Einverständnis unter und mit Rechtsextremen herzustellen, deren gesellschaftliche Plattform zu verbreitern und eine Agenda gegen Menschenrechte und die freiheitliche Demokratie voranzubringen.

Antrag IR03: Nein zur Wehrpflicht für Frauen

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Wehrdienst für Frauen – freiwillig, na klar. Wehrpflicht für Frauen – nicht mit uns.
- 2 Debatten rund um eine eventuelle Wehrpflicht für beide Geschlechter sind allgegenwärtig.
- 3 Unabhängig davon, ob wir eine Wehrpflicht für Männer befürworten oder nicht, steht für uns fest, eine Wehrpflicht für Frauen darf es nicht geben.
- 4 Die beiden Aussagen im Grundgesetz, dass niemand wegen seines Geschlechts unterschiedlich behandelt werden darf und gleichzeitig, dass die Wehrpflicht nur für Männer gilt, sind kein Widerspruch. Beide Normen befinden sich auf derselben Rechtsebene, der Verfassung, somit kann eine die andere nicht verletzen. Die Wehrpflicht für Männer stellt eine Ausnahme zum Grundsatz der Gleichbehandlung der Geschlechter dar.
- 5 Aus dem Blick der SPD FRAUEN ist der 2. Absatz im Artikel 3 GG von besonderer Bedeutung. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt aktiv auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- 6 Frauen in Deutschland sehen sich in der Gesellschaft zahlreichen bestehenden Nachteilen gegenüber: Gender-Pay-Gap, Gender-Pension-Gap, Gender-Care-Gap, Gender-Time-Gap, die Gläserne Decke, fehlende Parität u.v.m. Der Staat hat die konkrete Verpflichtung, all diese strukturierte Diskriminierung von Frauen abzumildern und zu beseitigen. Dies beinhaltet auch ein generelles Verschlechterungsverbot im Bereich der Gleichstellung durch bewusstes staatliches Handeln. Die Einführung einer Wehrpflicht für Frauen würde alle Benachteiligungsbereiche von Frauen deutlich vertiefen.
- 7 Deshalb: Keine Wehrpflicht für Frauen.

Antrag IR05: Trotz Großer Koalition bleiben wir dran: Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen jetzt!

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Aktuelle Umfragen belegen die breite gesellschaftliche Unterstützung für eine Reform:
2 83% der Bevölkerung sprechen sich für die Entkriminalisierung des
3 Schwangerschaftsabbruchs aus (repräsentative Ipsos-Umfrage im Auftrag des Bündnisses
4 für sexuelle Selbstbestimmung, Dezember 2022). Uns ist bewusst, dass eine
5 CDU geführte Koalition auf Bundes- oder Landesebene die Umsetzung dieser Forderungen
6 erschwert. Gerade deshalb muss die SPD alle parlamentarischen und
7 außerparlamentarischen Hebel in Bewegung setzen, um den jahrzehntelangen Kampf für
8 Selbstbestimmung und Gleichstellung endlich zum Erfolg zu führen und das Urteil von
9 1993 zu überwinden.
- 10 Dazu gehört insbesondere:
- 11 1. Entkriminalisierung umsetzen: Die SPD-Bundestagsfraktion legt noch in dieser
12 Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vor, der Schwangerschaftsabbrüche
13 vollständig aus dem Strafgesetzbuch streicht und in das
14 Schwangerschaftskonfliktgesetz überführt.
- 15 2. Beratung & Information sichern: Ein flächendeckendes, plurales, kostenfreies und
16 barrierefreies Netz staatlich anerkannter
17 Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen muss erhalten und ausgebaut werden.
18 Ungewollt Schwangere müssen eine gut informierte Entscheidung treffen können.
19 Ein Rechtsanspruch auf qualifizierte, anonyme, kostenlose, ergebnisoffene und
20 barrierefreie Beratung insbesondere zu Aspekten von Sexualität, Familienplanung,
21 Verhütung, Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch muss in staatlich
22 anerkannten Beratungsstellen beibehalten werden. Bei der Feststellung einer
23 Schwangerschaft durch eine*n Ärzt*in ist die Schwangere auf vorhandene
24 Beratungsmöglichkeiten hinzuweisen und Kontaktdaten staatlich anerkannter
25 regionaler Beratungsstellen auszuhändigen.
- 26 3. Medizinische Versorgung garantieren: Der Versorgungsauftrag (§ 13 Abs. 2 SchKG)
27 der Länder muss durch genügend ambulante und stationäre Einrichtungen gesichert
28 werden. Dies müssen einerseits die Kassenärztlichen Vereinigungen bei der
29 Sicherstellung der Versorgung und andererseits die Länder bei den
30 Krankenhausbedarfsplänen berücksichtigen. Es muss in dieser Legislatur eine
31 klare Bundesregelung geben, um telemedizinische medikamentöse Abbrüche
32 rechtssicher zu ermöglichen. Hierzu gehört ebenso die Kostenübernahme bei (Not-
33)Verhütungsmitteln. Besonders im ländlichen Raum und für marginalisierte Gruppen
34 sind gezielte
35 Förderprogramme aufzulegen, um Versorgungslücken zu schließen. Um ein
36 flächendeckendes Angebot sicherzustellen, werden Krankenhäuser mit einer
37 gynäkologischen Abteilung, die öffentliche Mittel erhalten, dazu verpflichtet

- 38 Schwangerschaftsabbrüche als medizinische Grundversorgung anzubieten.
- 39 4. Gehsteigbelästigungen unterbinden: Der Schutzhadius vor Beratungsstellen,
40 Kliniken und Praxen zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen muss auf
41 mindestens 200 m erweitert werden.
- 42 5. Ausbildung und Weiterbildung verbessern: Wir begrüßen die im Koalitionsvertrag
43 vereinbarten Passus, die medizinische Weiterbildung rund um
44 Schwangerschaftsabbrüche zu stärken. Diese müssen ein verpflichtender
45 Bestandteil im Medizinstudium und in der gynäkologischen Facharztweiterbildung
46 sein.
- 47 6. Kostenübernahme sicherstellen: Wir begrüßen zudem die im Koalitionsvertrag
48 ausgewiesene Erweiterung der Kostenübernahme und fordern, dass diese vollständig
49 übernommen werden. Hierzu gehört die entsprechende Ausstattung der GKV.
50 Ärzt:innen, die Abbrüche durchführen, müssen angemessen vergütet werden, damit
51 die
52 Versorgung nachhaltig gewährleistet ist.
- 53 7. Prävention stärken: Wir fordern umfassende Sexualaufklärung an Schulen, wobei
54 auf eine einheitliche Aufnahme des Themenfelds in die Curricula der Länder
55 hinzuwirken ist.
- 56 8. Reproduktive Selbstbestimmung als Grundrecht verankern: Die Bundesregierung legt
57 einen Gesetzgebungsfahrplan zur Verankerung der reproduktiven Selbstbestimmung
58 im Grundgesetz vor. Damit wird klargestellt: Das Recht auf körperliche und
59 reproduktive Autonomie gehört zum Kernbestand der Grund- und Menschenrechte.

Antrag IR07: Nur “Ja” heißt “Ja”: Sexualstrafrecht reformieren, Artikel 36 der Istanbul-Konvention in deutsches Recht umsetzen jetzt!

Laufende Nummer: 45

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus, im Senat, im Bundestag und
2 in der Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das
3 Sexualstrafrecht in Deutschland basierend auf dem Konzept des Einverständnis
4 reformiert und Artikel 36 der Istanbul-Konvention endlich in deutsches Recht
5 umgesetzt wird.

6 Die Kernpunkte des Reformauftrages:

7 **1. § 177 StGB reformieren:** Jede nicht einverständliche sexualisierte Handlung soll
8 zentraler Grundtatbestand werden – konventionskonform, klar definiert
9 („freiwillig und in Kenntnis der Umstände“), mit beispielhaften Indizien für
10 Einverständnis bzw. dessen Fehlen. Das Einverständnis muss frei und aufgeklärt,
11 spezifisch, im Voraus und widerruflich sein.

12 **2. Definition und Auslegungshilfen gesetzlich verankern:** Klarstellung, dass
13 Passivität kein Einverständnis ist; Berücksichtigung von Angst, Schockstarre
14 („Freeze“), Abhängigkeits- und Machtdynamiken, sowie begleitende Leitlinien für
15 Strafverfolgung/Justiz.

16 **3. Flankierende Maßnahmen:** Pflichtfortbildungen für Polizei/StA/Gerichte;
17 spezialisierte Zuständigkeiten; Ausweitung der vertraulichen Spurensicherung mit
18 dem Ziel bundesweit flächendeckende Angebote zu schaffen; verlässliche
19 Statistik; verbindliche Qualitätsstandards für Opferrechte und Beratung, Ausbau
20 sexualpädagogischer Bildungsangebote, sowie die Umsetzung des Artikel 35 der
21 Gewaltschutz-Richtlinie (EU Richtlinie 2024/1385).

22 **4. Strafmaß evaluieren:** Deutschland braucht eine klare und differenzierte
23 Strafzumessung
24 im Sexualstrafrecht, die die Verhältnismäßigkeit wahrt. Die Mindeststrafen sollen
25 überprüft werden, um Konsistenz im Strafrecht herzustellen, insbesondere in Hinblick
26 auf das Strafmaß. Schutzlücken sollen geschlossen werden., damit Gerichten keine
27 Hintertüren für pauschale Absenkungen gelassen werden. Eine
28 begleitendewissenschaftliche Evaluation soll nach drei Jahren prüfen, ob Strafmaß und
29 Anwendungspraxis den Schutzzieilen entsprechen.

Antrag IR09: Aufnahme von sexueller Belästigung im öffentlichen Raum als Straftatbestand

Laufende Nummer: 44

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Berlin
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung werden aufgefordert, die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zu unterstützen, das Sexualstrafrecht in Deutschland zu modernisieren und sexuelle Belästigung unter Strafe zu stellen.
- 4 Konkret soll sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum, einschließlich digitaler Räume (sog. Catcalling) als eigener Straftatbestand erfasst werden. Dies umfasst insbesondere verbale, nonverbale oder gestische sexuelle Belästigungen wie Nachpfeifen, anzügliche Zurufe, aufdringliches Hinterherlaufen oder aufdringliches Verhalten im digitalen Raum. Diese Handlungen sollen ausdrücklich als eigener Straftatbestand erfasst werden. Sanktionen sollen abgestuft ausgestaltet sein: von empfindlichen Geldstrafen bis zu Freiheitsstrafen bei wiederholter oder besonders schwerwiegender Belästigung.

Antrag IR10: Abschaffung der Verjährungsfrist bei Vergewaltigung (§ 177 StGB) und sexuellem Missbrauch von Kindern (§ 176 StGB)

Laufende Nummer: 78

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV NRW
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird erneut aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zur
2 Änderung des Strafgesetzbuches (StGB) zu erarbeiten und in den Deutschen Bundestag
3 einzubringen, mit dem Ziel:
4 • Analog zu Straftaten nach § 211 StGB (Mord) die Anwendung der
5 Verjährungsregelung gemäß § 78 StGB bei Straftaten nach § 177 StGB
6 (Vergewaltigung) sowie § 176 StGB (sexueller Missbrauch von Kindern)
7 abzuschaffen – unabhängig davon, ob die Tat mit oder ohne Todesfolge begangen
8 wurde.
9 • Die Abschaffung der Verjährungsfrist soll auch für bereits zurückliegende Fälle
10 gelten, um Betroffenen eine nachträgliche strafrechtliche Verfolgung zu
11 ermöglichen.

12

Antrag IR12: Effektive gesetzliche Reglementierung von KI-generierten Deepfakes und konsequente Bekämpfung sexualisierter digitaler Gewalt gegen Frauen

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Thüringen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung
- 2 werden aufgefordert, sich für eine eindeutige gesetzliche Regulierung von KI-
- 3 generierten Deepfakes (gefälschte oder manipulierte digitale Medieninhalte),
- 4 insbesondere im Bereich sexualisierter Gewalt gegen Frauen, einzusetzen. Hierzu sind
- 5 unter anderem folgende Maßnahmen zu prüfen und soweit möglich umzusetzen:
 - 6 -Einführung eines strafrechtlichen Verbots der Herstellung, Verbreitung und
 - 7 Veröffentlichung sexualisierter, gewaltverherrlichender und gezielt schädigender
 - 8 Deepfake-Inhalte ohne ausdrückliche Zustimmung der dargestellten Personen,
 - 9 -Schaffung einer schnellen Melde- und Löschpflicht für Plattformbetreiber bei
 - 10 rechtswidrigen Inhal-ten,
 - 11 -Verpflichtung von KI-Anbietern zur technischen Kennzeichnung generierter Inhalte (z.
 - 12 B. digitale Wasserzeichen),
 - 13 -Ausbau von Beratungs- und Hilfsangeboten für Betroffene, einschließlich rechtlicher
 - 14 Unterstützung und psychosozialer Beratung.
 - 15 - bundesweite Aufklärungs- und Präventionskampagnen zu digitaler sexualisierter
 - 16 Gewalt, die insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene sensibilisieren
 - 17 - Einrichtung einer europaweiten Koordinierungsstelle gegen Deepfake-Missbrauch, um
 - 18 Ermittlungen und Löschverfahren zu beschleunigen.

Antrag IR15: Aufenthaltsrechtlicher Schutz für gewaltbetroffene Migrantinnen

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Thüringen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD FRAUEN fordern erneut die SPD, die sozialdemokratischen Minister*innen in der Bundesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Reform des Aufenthaltsrechts einzusetzen, die den Schutz von Gewalt betroffener Migrantinnen sicherstellt und ihre Selbstbestimmung stärkt.
- 5 Konkret fordern wir:
 - 6 Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Betroffene
 - 7 •§ 31 Aufenthaltsgesetz ist so zu reformieren, dass gewaltbetroffene Migrantinnen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht unabhängig vom Fortbestand einer Ehe oder
 - 9 Lebensgemeinschaft erhalten.
 - 10 •Der Nachweis erlebter Gewalt darf nicht zu übermäßigen Hürden führen. Eine plausible Darlegung durch Betroffene, ggf. gestützt durch Beratungsstellen, muss ausreichen.
 - 12 •Das Aufenthaltsrecht ist dauerhaft zu sichern und darf nicht von einer nachträglichen Abhängigkeit von Einkommen, Ehe oder Partnerstatus abhängig gemacht werden.
 - 15 Verpflichtende Beratung durch Ausländerbehörden
 - 16 •Ausländerbehörden müssen eine gesetzlich verankerte Beratungspflicht gegenüber gewaltbetroffenen Frauen erfüllen.
 - 18 •Dabei sind sie verpflichtet, auf Rechte nach dem Aufenthaltsgesetz, auf Schutzmöglichkeiten und auf Hilfsangebote hinzuweisen.
 - 20 •Die Zusammenarbeit mit Fachberatungsstellen und Frauenhäusern muss verpflichtend und strukturell abgesichert sein.
 - 22 Gesicherter Zugang zu Schutz und Sozialleistungen
 - 23 •Gewaltschutz darf nicht am Aufenthaltsstatus scheitern. Migrantinnen müssen unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status Zugang zu Frauenhäusern, Fachberatungsstellen und Sozialleistungen haben.
 - 26 •Notwendige Leistungen (z. B. Unterbringung, medizinische Versorgung, psychosoziale Unterstützung) müssen unabhängig von Leistungsausschlüssen im Asylbewerberleistungsgesetz oder anderen aufenthaltsrechtlichen Regelungen garantiert sein.
 - 30 •Finanzierungsfragen sind dauerhaft und bundeseinheitlich zu klären, sodass Schutz nicht vom Wohnort abhängt.

Antrag IR17: Individuelles Asylrecht erhalten

Laufende Nummer: 68

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD-Bundestagsabgeordneten und -Minister*innen sowie die SPD-Mitglieder des
- 2 Europäischen Parlaments werden aufgefordert, sich allen Versuchen entgegenzustellen,
- 3 das individuelle Asylrecht noch weiter als schon geschehen auszuhöhlen,
- 4 beispielsweise durch „Obergrenzen“, feste Kontingente oder pauschale
- 5 „Rückführungs“szenarien.
- 6 Insbesondere darf es unter keinen Umständen irgendwelche Zugeständnisse von in
- 7 Verantwortung befindlichen SPD-Politiker*innen an die rassistisch motivierte
- 8 „Remigrations“-Rhetorik der AfD geben – nicht verbal und schon gar nicht in der
- 9 Praxis!

Antrag IR18: Bezahlkarte“ ist ein Irrweg!

Laufende Nummer: 71

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich nachdrücklich dafür einzusetzen, das
- 2 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) dahingehend zu ändern, dass die sog.
- 3 „Bezahlkarte“ als Form der Leistungserbringung wieder gestrichen wird und die Länder
- 4 und Kommunen keine eigenen Regelungsmöglichkeiten hinsichtlich der Bezahlkarte“
- 5 erhalten.
- 6 Sie wird zudem aufgefordert, keine Bestrafung von Personen zu ermöglichen oder
- 7 zuzulassen, die es unternehmen, Asylbewerber*innen durch Tauschaktionen o.Ä. größere
- 8 Mengen an Bargeld als 50 € zur Verfügung zu stellen.
- 9 Darüber hinaus gibt es Bestrebungen z.B. in Hamburg über die Ausweitung der
- 10 „Bezahlkarte“ auch für u.a. Jugendlichen, die Sozialleistungen bekommen.
- 11 Dieser weitere Einsatz der „Bezahlkarte“ soll weder vom Bund noch von den Ländern
- 12 weiter verfolgt oder geprüft werden – die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert,
- 13 sich ausdrücklich gegen einen Einsatz der „Bezahlkarte“ auszusprechen.

Antrag IR19: Steuergerechtigkeit nicht nur beschließen, sondern umsetzen!

Laufende Nummer: 47

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Berlin
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD setzt sich im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene mit
- 2 Nachdruck und Priorität für die schnellstmögliche Umsetzung der bereits beschlossenen
- 3 Reformen für ein (geschlechter-)gerechtes Steuersystem in Deutschland ein. Dies gilt
- 4 insbesondere im Hinblick auf Steuern auf die Weitergabe von Vermögen wie die
- 5 Erbschafts- und Schenkungssteuer.
- 6 Konkret wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, sich öffentlich und in
- 7 Verhandlungen mit den Koalitionspartner*innen konsequent für die Umsetzung der im
- 8 Bundeswahlprogramm 2025 und in den Beschlüssen des Bundesparteitags vom Juni 2025
- 9 festgelegten Maßnahmen einzusetzen. Dazu gehört insbesondere die effektive
- 10 Mindestbesteuerung für große Unternehmensvermögen, um die vom
- 11 Bundesverfassungsgericht monierten, ungerechtfertigten Privilegien für die höchsten
- 12 Vermögen zu beenden.

Antrag IR20: Altruistische Eizellenspende ermöglichen

Laufende Nummer: 74

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 *Die SPD-Frauen-Bundeskongress möge beschließen:*
- 2 Dass die aktuelle Gesetzeslage mit einem Verbot der Eizellspende so verändert wird,
- 3 dass eine unentgeltliche Eizellenspende im nahen persönlichen Umfeld möglich ist.
- 4 Auch überschüssige eingefrorene Eizellen und imprägnierte Eizellen von In-vitro-
- 5 Fertilisation und Social Freezing sollen in Zukunft zur Eizellspende genutzt werden
- 6 können. Die neue Regelung kann und sollte über Anpassungen und Ergänzungen in
- 7 Gesetzen in „verwandten“ Themenfeldern wie z. B. Samenspenderregister,
- 8 Lebendorganspende, rechtswidrige Organentnahme, Abstammungsregelung erfolgen. Bei
- 9 allen Regelungen ist das Thema umfassende Beratung und Information für alle
- 10 Beteiligten (Wunscheltern, Eizellenspenderinnen und Kinder) zu berücksichtigen.

Antrag IR21: Kein Register für Nutzende des Selbstbestimmungsgesetzes!

Laufende Nummer: 107

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die Bundeskonferenz stärkt der SPD Bundestagsfraktion und den SPD-Regierungsmitglieder hinsichtlich ihrer Haltung bezüglich des Selbstbestimmungsgesetzes den Rücken.
- 2 Die geplante „Verordnung zur Umsetzung des Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag im Meldewesen“, die ein ‚Sonderregister‘ für alle vorsieht, die das SBGG nutzen oder genutzt haben, lehnen wir als SPD entschieden ab.
- 3 Wir wollen ein echtes Offenbarungsverbot, das auch potentiellen vor staatlichen Repressionen schützt.
- 4 Wir stehen ein für Datenschutz und den Schutz von Privatsphäre, wie er auch bei anderen Personenstandsänderungen wie Heiraten, Namensänderungen oder Adoptionen gewahrt bleibt.
- 5 Wir haben aus der Geschichte gelernt. Sonderregister haben nur einen Sinn: Gruppen gesondert zu behandeln und so aus der Mitte der Gesellschaft auszugrenzen (Jüdinnen und Juden, behinderte Menschen, §175, ...). Sie machen Menschen verletzlich gegenüber Repression.

Antrag Ini: Sicherung der Geburtshilfe – Überarbeitung des neuen Hebammenhilfevertrags

Laufende Nummer: 109

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

- 1 Die SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der GKV-Spitzenverband (GKV-SV) den am 2. April 2025 im Schiedsstellenverfahren beschlossenen Hebammenhilfevertrag zurücknimmt oder grundlegend überarbeitet.
- 2 Zudem werden die SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) dazu zu bewegen, gemeinsam mit den Hebammenverbänden, den Ländern und den betroffenen Einrichtungen die Ziele des Aktionsplans „Gesundheit rund um die Geburt“ konsequent weiterzuverfolgen und sich klar gegen den aktuellen Schiedsspruch zu positionieren.

Antrag Org01: Bundeseinheitliche Reisekostenrichtlinie

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Bezirk Nord-Niedersachsen
Status:	Sonstiges Überweisung an den BuVo als Arbeitsauftrag
Empfehlung Antragskommission:	Sonstiges Überweisung an den SPD PV als Arbeitsauftrag
Sachgebiet:	Org - Organisatorisches

- 1 Wir fordern die Einführung einer bundeseinheitlichen Reisekostenrichtlinie als
- 2 Mindeststandard mit Berücksichtigung folgender Aspekte:
 - 3 1. Geltungsbereich
 - 4 Diese Regelungen gelten für die gewählten Vorstandsmitglieder der SPD und Delegierten
 - 5 für Parteitage der SPD sowie für Personen, die von Vorständen der SPD mit der
 - 6 Teilnahme an Vorstandssitzungen, Veranstaltungen oder Parteitagen beauftragt wurden.
 - 7 Die Regelungen gelten analog für die Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und
 - 8 Projektgruppen der SPD.
 - 9 2. Fahrkostenerstattung
 - 10 Für die Erstattung der Fahrkosten gilt das Entsendeprinzip. Die entsendenden Gremien
 - 11 entscheiden grundsätzlich in eigener Verantwortung über die Auslagen- und
 - 12 Fahrtkostenerstattung. Dabei muss jedoch der folgende Mindeststandard gewahrt werden:
 - 13 • Anreise per Bahn
 - 14 Für die Anreise per Bahn sind vom entsendenden Organ mindestens die nachgewiesenen
 - 15 Fahrtkosten (2. Klasse) zu erstatten. Grundsätzlich sind nur die Fahrten zwischen der
 - 16 Zahlorganisation laut MAVIS (Ortsverein, in dem die Mitgliedschaft besteht) und dem
 - 17 Tagungsort zu erstatten. In Einzelfällen kann die Geschäftsführung anders
 - 18 entscheiden.
 - 19 b) Anreise per PKW
 - 20 Bei der Anreise per PKW sind mindestens 0,30 € pro gefahrenen Kilometer zu erstatten.
 - 21 Für die Mitnahme weiterer mit der Teilnahme an der Sitzung beauftragter Personen im
 - 22 Sinne der Nr. 1 sind zusätzlich 0,05 € pro gefahrenen Kilometer zu erstatten.
 - 23 3. Übernachtungskosten
 - 24 Die Kosten für notwendige Übernachtungen sind zu übernehmen. Eine Übernachtung vor
 - 25 Beginn einer Sitzung wird i.d.R. als notwendig angesehen, wenn die Anreise zu der
 - 26 Sitzung vor 6:00 Uhr des Sitzungstages beginnen muss, um an der Sitzung rechtzeitig
 - 27 teilnehmen zu können.

Antrag Org02: Quotierte Redeliste

Laufende Nummer: 58

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Org - Organisatorisches

- 1 Wir fordern, dass die Beratungen auf allen Parteitagen und in Gremien nach dem
- 2 Prinzip der quotierten Redeliste erfolgt. Hierbei erhalten Männer und Frauen jeweils
- 3 abwechselnd das Wort. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau mehr auf der
- 4 Redeliste, so ist die Debatte beendet, wenn seit Beginn oder seit der letzten
- 5 Fortführung der Debatte wenigstens drei Redebeiträge erfolgten. Auf Antrag kann die
- 6 Debatte fortgeführt werden. Dies ist jedoch nur zwei Mal möglich. Die Satzungen und
- 7 das Organisationsstatut sind entsprechend zu ändern.

Antrag Org04: Monitoring der Antragsumsetzung

Laufende Nummer: 65

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Org - Organisatorisches

- 1 Zur Nachverfolgung und zur Überprüfung der weiteren Entwicklung von verabschiedeten
- 2 Anträgen in den Gremien der Partei wird ein webbasiertes Monitoring entwickelt, das
- 3 den Antragstellenden bzw. den Parteimitgliedern die Möglichkeit gibt, Stand der
- 4 Umsetzung der Beschlüsse einzusehen.

Antrag Org06: Geschlechterparität bei allen politischen Veranstaltungen

Laufende Nummer: 95

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Org - Organisatorisches

- 1 Die SPD und ihre Gliederungen werden erneut dazu aufgefordert, Podien, auf denen ausschließlich männliche Teilnehmer vertreten sind (sog. "All-Male Panels"), als Veranstalterin sowie als Teilnehmende zu vermeiden. Geschlechtergerechtigkeit muss auch auf Podien gelebt werden. Falls eine Vermeidung der Teilnahme in begründeten Ausnahmefällen nicht möglich ist, soll dies transparent gemacht und erklärt werden.
- 2 Frauen, inter*, nicht-binäre und trans Personen müssen aktiv einbezogen werden.
- 3 Die SPD, ihre Mitglieder und ihre Gliederungen werden dazu angehalten, in ihren Veranstaltungen auf eine diverse Besetzung zu achten. Dies kann durch eine frühzeitige und bewusste Auswahl von Referierenden geschehen. Zudem sollten
- 4 Veranstalter*innen alternative Formate in Betracht ziehen, wenn eine
- 5 geschlechtergerechte Besetzung nicht möglich ist. Eingeladene Mitglieder sollen
- 6 ebenso All-Male Panels vermeiden und im Zweifel in Rücksprache mit Genoss*innen und
- 7 Veranstalter*innen auf geschlechtergerechte Podien hinwirken.
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13

Antrag GI01: Mehr Demokratie wagen heißt mehr Feminismus wagen – Feministische Strukturen in der SPD etablieren!

Laufende Nummer: 56

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	GI - Gleichstellung

1 Seit gut 160 Jahren hat die SPD wie keine andere Partei von Ost bis West und Nord bis Süd unzählige erfolgreiche Politikerinnen hervorgebracht, die unsere Gesellschaft geprägt und das Leben der Menschen verbessert haben.

4 Dass gerade die SPD es war, die z.B. die erste Ministerpräsidentin eines Landes, die 5 erste Bundestagspräsidentin oder die erste Frauenministerin hervorbrachte, ist kein 6 Zufall. Auch der Gleichstellungsgrundsatz in unserer Verfassung ist Verdienst einer 7 Sozialdemokratin. Für uns ist Gleichstellung keine leere Phrase, sie ist Teil der DNA 8 unserer Partei. Unser Bekenntnis dazu findet sich schon bei August Bebel 1879 9 (Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und 10 Gleichstellung der Geschlechter) und wurde zuletzt im Hamburger Programm von 2007 11 (Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden) erneuert. 12 Insbesondere Wählerinnen haben dies in der Vergangenheit bemerkt und mit ihrem 13 Vertrauen honoriert.

14 Doch unsere Gesellschaft ist im Wandel und die in ihr ausgetragenen Konflikte und 15 Verwerfungen haben Auswirkungen bis in unsere Partei hinein. Der Druck auf Frauen 16 steigt nicht nur gesellschaftlich, sondern auch innerparteilich. Unsere Antwort als 17 Partei darauf muss es sein, mehr Feminismus zu wagen, wo wir es können - und das ist 18 in erster Linie bei uns selbst. Wir brauchen starke Bekenntnisse, klare Regeln und 19 Handlungen, die vom Verfassungsauftrag getragen sind.

20 Antifeminismus muss gezielt und strategisch bekämpft werden und dafür sind alle 21 Ebenen und Strukturen der SPD in der Verantwortung.

22

Darum stellen wir SPD-Frauen folgende Forderungen auf:

- 23 • Im neuen Grundsatzprogramm beruft sich die SPD auf ihre emanzipatorischen 24 Wurzeln und bekennt sich klar zum Intersektionalen Feminismus
- 25 • In den Wahlprogrammen der SPD ist Feminismus in allen Verschränkungen von 26 Lebensrealitäten und Dimensionen (Alter, Geschlecht, körperliche und geistige 27 Fähigkeiten, soziale Herkunft, Migrationsgeschichte oder Migrationserbe, 28 sexuelle Orientierung) Basis. Sie wird allem politischen Handeln zugrunde 29 gelegt.
- 30 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zu Parität. Parität ist mit Leben zu füllen.
- 31 Wir
- 32 fordern landes- und bundesweite Paritätsgesetze.
- 33 • Bei Listenaufstellungen, Gremienbesetzungen u.ä., bei denen Frauen Männer nicht

- zu 50 % benannt werden können, ist auf der über die Liste/das Gremium entscheidenden Versammlung schriftlich darzulegen, welche Bemühungen für die Gewinnung von Frauen unternommen wurden
- Wir fordern, dass die parteiinterne Vorgehensweise der paritätischen Besetzung von Parlamenten ab der Listenaufstellung Berücksichtigung findet. Dafür werden die Listen für die Kommunal- und Landesparlamente und den Bundestag mit einer Frau* beginnen, bis mindestens Parität auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene hergestellt ist.
 - Zudem fordern wir die Anpassung der Statuten mit dem Ziel, Verschiebungen zu Gunsten eines Geschlechts durch direkt errungene Mandate auszuschließen. In aussichtsreichen Wahlkreisen für Landesparlament und Bundestag sollte mindestens paritätisch besetzt werden. Dies kann nach einer Abstimmung der weiblichen Delegierten einstimmig einmalig außer Kraft gesetzt werden.
 - Für die Besetzung öffentlicher Ämter und Gremien sind solange ausschließlich Frauen vorzuschlagen, bis auf der betreffenden Ebene ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis besteht
 - Im WBH wird eine hauptamtliche Stelle "Gleichstellung" wieder installiert und in Vollzeit dauerhaft besetzt. Die Stelle wird mit einer Person besetzt, die nicht dem überrepräsentierten Geschlecht in der SPD angehört. Die Person hat außerdem eine Stellvertretung.
 - Es werden Strukturen und Anlaufstellen geschaffen, die weibliche Hauptamtliche vor Machtmissbrauch und Übergriffen schützen.
 - Die SPD führt alle 3 Jahre eine parteiinterne Umfrage zur Situation von Frauen in der SPD durch, in der neben Rückmeldungen zu diskriminierenden Erfahrungen auch Gründe dafür beleuchtet werden, warum Frauen sich nicht aktiv in die Parteiarbeit einbringen (können) u.ä.
 - NRW-Frauen haben bereits einen Erfahrungsberichts in Form des Antrags GL10 vorgelegt. Andere Landesverbände sind eingeladen, dem zu folgen.
 - Im PV wird eine Beauftragte für Gleichstellung eingeführt, die analog zur Europabeauftragten auf dem BPT gewählt wird
 - Der Beitrag von Geschlechtergerechtigkeit für eine stabile und vitale Demokratie muss stärker ins Bewusstsein aller Menschen rücken. Individuelle Bekenntnisse von Berufspolitiker*innen und Initiativen sind dafür nicht ausreichend. Zudem ist eine zielgruppenspezifische politische Bildung, Medienkompetenz und Kommunikation mit unterschiedlichen Interessensgruppen nötig. Die brauchen passgenaue Formate, auch im Bereich der Social-Media. Diese können nicht von den SPD FRAUEN oder den AG's aus eigener Kraft entwickelt werden, sondern braucht ein konsistentes Konzept, das vom Parteivorstand und dem WBH erarbeitet wird und mit technischer Hilfestellung versehen, der Parteibasis zur Verfügung gestellt wird.

Antrag GI03: Vielfalt ist Stärke

Laufende Nummer: 46

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Berlin
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	GI - Gleichstellung

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestags und die
- 2 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, sich
- 3 dafür einzusetzen, dass sich künftig Unternehmen in Deutschland ab 100
- 4 Mitarbeiter:innen dazu verpflichten, DEI (engl. Diversity, Equity, Inclusion; de:
- 5 Diversitäts-, Gleichberechtigungs- und Inklusions-)Programme umzusetzen. Die
- 6 Programme müssen notwendige Bedingung sein, um als Unternehmen an öffentlichen
- 7 Ausschreibungen teilnehmen zu können. Darüber hinaus soll die Bundesregierung
- 8 gemeinsam mit der Charta der Vielfalt e. V., der deutschlandweit größten Initiative
- 9 für Vielfalt und Inklusion am Arbeitsplatz, weitere Anreize für Unternehmen
- 10 ausarbeiten, sich aktiv um Antidiskriminierung, Diversität, Gleichberechtigung und
- 11 Inklusion am Arbeitsplatz zu bemühen.

Antrag GI04: Diversitätsziele verteidigen und konkrete Umsetzung weiterentwickeln!

Laufende Nummer: 79

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	GI - Gleichstellung

- 1 Die SPD-Bundestagsabgeordneten und -Minister*innen sowie die SPD-Mitglieder des
- 2 Europäischen Parlaments werden aufgefordert, sich dem Rollback der Förderung der
- 3 Diversitätsziele entgegenzustellen und sich auch weiterhin dafür einzusetzen, dass
- 4 mindestens die in Deutschland und auf EU-Ebene tätigen Unternehmen weiterhin die
- 5 Diversitätsziele einhalten. Dies gilt insbesondere für Unternehmen, die öffentliche
- 6 Aufträge erhalten.
- 7 Zugleich werden SPD-MdB, -MEP und -Minister*innen aufgefordert zu gewährleisten, dass
- 8 die genannten Ziele konkret beachtet und umgesetzt werden und ihre Einhaltung nicht
- 9 bloß behauptet wird. Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion sind einerseits nicht zum
- 10 Nulltarif zu bekommen und erfordern andererseits, dass Privilegien erkannt und
- 11 abgeschafft werden. Dies gilt nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch auf
- 12 allen Feldern der Politik, insbesondere in der Bildung.

Antrag GI05: Elternschaft gerecht gestalten – gleiche Rechte von Anfang an!

Laufende Nummer: 41

Antragsteller*in:	SPD-Frauen -KV Jena
Status:	Sonstiges Annahme Zeile 1-20 mit Änderung, ab Zeile 21 Überweisung an den BuVo
Empfehlung Antragskommission:	Sonstiges Annahme Zeile 1-20 mit Änderung, ab Zeile 21 Überweisung an den BuVo
Sachgebiet:	GI - Gleichstellung

- 1 Die rechtlichen Rahmenbedingungen rund um Geburt und Elternschaft zeigen, welchen
- 2 Stellenwert Gleichberechtigung in einer Gesellschaft tatsächlich hat. Noch immer
- 3 orientieren sich viele Regelungen am Bild der alleinverantwortlichen Mutter und des
- 4 außenstehenden Vaters. Das entspricht weder der Lebensrealität noch dem Anspruch auf
- 5 gleichberechtigte partnerschaftliche Elternschaft.
- 6 Die SPD Frauen fordern deshalb:
- 7 1. kostenfreie Geburtsvorbereitung für alle Eltern:
 - 8 Geburtsvorbereitung ist nicht nur medizinische Information, sondern auch ein
 - 9 wichtiger Schritt zu geteilter Verantwortung. Aktuell übernehmen Krankenkassen die
 - 10 Kosten in der Regel nur für die schwangere Person. Partner*innen müssen die Teilnahme
 - 11 selbst zahlen oder verzichten: Ein Signal, dass ihre Teilnahme nicht entscheidend
 - 12 sei. Das schwächt von Anfang an die gleichberechtigte Rolle beider Eltern und
 - 13 ignoriert vielfältige Familienmodelle. Kostenfreie Kurse für alle Elternteile stärken
 - 14 die gemeinsame Vorbereitung, fördern Sicherheit in der Geburtssituation und legen die
 - 15 Grundlage für eine faire Aufteilung der Sorgearbeit nach der Geburt.
- 16 Geburtsvorbereitung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir fordern deswegen die
- 17 vollständige Kostenübernahme für die Teilnahme von Partner*innen an
- 18 Geburtsvorbereitungskursen im Rahmen der Mutterschaftsrichtlinien. So wird
- 19 partnerschaftliche Verantwortung von Anfang an gestärkt und gleiche Teilhabe
- 20 ermöglicht.

Antrag GI06: Elterngeld als Gleichstellungsmotor endlich neu starten

Laufende Nummer: 43

Antragsteller*in:	SPD FRAUEN Landesverband Berlin
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	GI - Gleichstellung

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine umfassende Reform des
2 Elterngeldes einzusetzen, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten
3 des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ziel der Reform muss sein, Gleichstellung der
4 Geschlechter aktiv zu fördern, finanzielle Benachteiligungen bei der Aufteilung von
5 Sorge- und Erwerbsarbeit abzubauen und echte Wahlfreiheit für alle Familienmodelle zu
6 schaffen. Insbesondere fordern wir:

7 **1. Gerechte Berechnungsgrundlage für das Elterngeld schaffen**

8 Künftig soll das Elterngeld so berechnet werden, dass es für Familien finanziell
9 keinen Unterschied mehr macht, welcher Elternteil die Elternzeit übernimmt. Das
10 gesamte Nettoeinkommen beider Elternteile soll als Berechnungsgrundlage herangezogen
11 werden, mit einer sinnvollen Deckelung nach oben.

12 Alternativmodelle sind zu prüfen, z. B.:

- 13 • Orientierung des Elterngeldes am bundesdeutschen Medianeinkommen
- 14 • Einführung eines höheren Einkommensausgleichs (bis 100%) innerhalb einer
15 vertretbaren Höchstgrenze

16 Bestehende Sonderregelungen für Selbständige, Alleinerziehende und
17 Leistungsempfänger*innen bleiben unangetastet oder müssen verbessert werden. Mehr-
18 Eltern-Familienkonstellationen (z. B. gleichgeschlechtliche oder Patchworkfamilien)
19 sollen künftig gleichberechtigt berücksichtigt werden.

20 **2. Inflationsausgleich und Dynamisierung der Elterngeldbezugsgrenze**

21 Seit 2007 hat keine Erhöhung, Inflationsausgleich oder Dynamisierung des Elterngeldes
22 stattgefunden. Seitdem ist die Kaufkraft um 38 Prozent gesunken. Um dies
23 auszugleichen, soll eine einmalige Sofort-Erhöhung des Elterngeldes um □ stattfinden.
24 Das Elterngeld und die Einkommensobergrenze für den Bezug von Elterngeld muss
25 jährlich an die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden, damit
26 insbesondere der Mittelstand nicht dauerhaft benachteiligt wird.

27 **3. Flexibilisierung des parallelen Bezugs von Elterngeld**

28 Der derzeit stark eingeschränkte parallele Bezug von Elterngeld durch beide
29 Elternteile soll flexibilisiert werden. Insbesondere in den ersten Lebenswochen nach
30 der Geburt soll der parallele Bezug für mehr als nur einen Monat möglich sein. Ein
31 paralleler Bezug während der Schutzfrist nach der Geburt (Mutterschutz, 6 bis 8
32 Wochen) soll grundsätzlich ermöglicht werden (siehe auch „Familienschutz“ weiter
33 unten). Wenn der zweite Elternteil sich auf mindestens vier bis sechs Monate
34 Elterngeld festlegt, sollen zusätzliche parallele Bezugsmonate ermöglicht werden.

35 **4. Ausweitung der Partnermonate und Anreize für partnerschaftliche Aufteilung**

36 Die Anzahl der Partnermonate soll deutlich erhöht werden. Ein in anderen Ländern
37 bereits bestehendes „6-6-6-Modell“ (die dritten 6 Monate nur nutzbar durch den
38 jeweils anderen Elternteil) soll hier zum Vorbild genommen werden. Für eine
39 gerechtere Aufteilung der Elternzeit zwischen beiden Elternteilen könnte bei
40 gleichmäßiger Inanspruchnahme ein erhöhter Elterngeldsatz gezahlt werden.

41 **5. Reform der Hinzuerdienstgrenzen beim Elterngeld Plus und Partnerschaftsbonus**

42 Die bisherigen Hinzuerdienstgrenzen sollen abgeschafft oder hilfsweise deutlich
43 angehoben werden. Auch bei höherem Einkommen sollen Eltern den vollen
44 Elterngeldbetrag beziehen können, um Erwerbstätigkeit in Teilzeit nicht länger
45 finanziell zu bestrafen. Die Anhebung der Zuverdienstgrenze auf das jeweilige
46 Vollzeitäquivalent wird geprüft. Insbesondere der Partnerschaftsbonus ist in dieser
47 Form nicht Anreiz genug und zu kompliziert, um die Arbeitsstunden zu reduzieren.

48 **6. Einführung einer Familienstartzeit und Ausbau des Familienschutzes**

49 Die Umsetzung einer Familienstartzeit ist überfällig. Deutschland muss die EU-
50 Richtlinie, nachdem der zweite Elternteil zwei Wochen nach der Geburt bei vollem Lohn
51 von der Arbeit freigestellt werden soll, umsetzen. Es soll eine gesetzliche,
52 umlagefinanzierte Familienstartzeit von mindestens zwei Wochen bei 100 Prozent
53 Lohnfortzahlung für den zweiten Elternteil eingeführt werden. Langfristig ist ein
54 umfassender Familienschutz anzustreben, der beiden Elternteilen bereits vor der
55 Geburt voll bezahlte Freistellung ermöglicht. Die bestehende 100-prozentige
56 Lohnfortzahlung im Mutterschutz soll perspektivisch auf den zweiten Elternteil
57 ausgeweitet werden.

58 **7. Gesellschaftlichen Wandel aktiv vorantreiben**

59 Wir fordern eine breit angelegte Aufklärungs- und Informationskampagnen , die die
60 Bedeutung partnerschaftlicher Sorgearbeit, die Bindungstheorie und den
61 volkswirtschaftlichen Nutzen gleichberechtigter Elternschaft verdeutlichen.

62 Väter, die keine Care-Arbeit übernehmen bzw. keine oder kaum Elternzeit nehmen,
63 sollen gesellschaftlich nicht länger als Normalfall gelten. Gleichberechtigte
64 Sorgearbeit muss zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit werden.

65 Ein Kündigungsschutz für den zweiten Elternteil ab Bekanntwerden der Schwangerschaft
66 soll eingeführt werden, um frühzeitige und sichere Planungen auch gegenüber
67 Arbeitgeber*innen zu ermöglichen.

68 Für nicht-traditionelle Familienmodelle, insbesondere gleichgeschlechtliche,
69 Patchwork- und Mehr-Eltern-Konstellationen, sind sämtliche noch bestehenden
70 rechtlichen Hürden beim Elterngeldbezug vollständig zu beseitigen.

Antrag GI07: Antrag auf Einführung von Gender Budgeting im Sport durch ein Bundesgesetz

Laufende Nummer: 86

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV NRW
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	GI - Gleichstellung

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordern die Bundestagsfraktion und die
- 2 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, ein Bundesgesetz zur
- 3 Einführung von Gender Budgeting im Sport zu erarbeiten und umzusetzen. Ziel ist es,
- 4 sicherzustellen, dass öffentliche Mittel im Sportbereich künftig systematisch unter
- 5 einer Geschlechterperspektive geplant, vergeben und evaluiert werden, um
- 6 Chancengerechtigkeit und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu
- 7 erreichen.

Antrag GI08: Reduktion der geschlechtsspezifischen Lohnlücke in Unternehmen – Einführung einer deutschlandweiten Equal Pay Charta

Laufende Nummer: 96

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV NRW
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	GI - Gleichstellung

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, eine
2 Initiative zu starten, der Unternehmen jeder Branche und Größe sich anschließen
3 können. Mit der Einführung einer Equal Pay-Charta und der transparenten Erhebung von
4 Lohnunterschieden setzen die Politik und Unternehmen ein klares Zeichen für die
5 Gleichstellung und die Förderung einer gerechten Bezahlung für alle. Die
6 geschlechtsspezifische Lohnlücke stellt eine fortdauernde Ungleichheit dar, die
7 beseitigt werden muss.
- 8 30 Jahre ist es her, dass Artikel 3 Absatz 2 im Grundgesetz ergänzt wurde. Seitdem
9 hat der Staat einen klaren Handlungsauftrag: die aktive Förderung der
10 Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wie weit wir noch von echter
11 Gleichstellung entfernt sind, zeigt uns nicht zuletzt die geschlechtsspezifische
12 Lohnlücke von circa 20 Prozent. Höchste Zeit, dass sich das ändert. Durch eine faire
13 Verteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit, mehr Zeitsouveränität, mehr Frauen in
14 Führungspositionen, den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur für Familien und die
15 Verbesserung des Entgelttransparenzgesetzes. Fehlanreize wie die Steuerklassen III
16 und V gehören abgeschafft. Unser Ziel ist klar: Gleicher Lohn für gleiche und
17 gleichwertige Arbeit muss selbstverständlich sein.
- 18 • Entgeltgleichheit „Equal Pay“ bei gleichwertiger Arbeit ist ein wichtiges Thema
19 für Unternehmen.
- 20 • Arbeitgeber*innenattraktivität: Faire Vergütungsstrukturen machen Unternehmen
21 attraktiver für qualifizierte Fachkräfte.
- 22 • Mitarbeiter*innenzufriedenheit und -bindung: Gleichberechtigung bei der
23 Entlohnung fördert die Zufriedenheit und Loyalität der Mitarbeiter.
- 24 • Reputation: Ein Engagement für Equal Pay kann das Image eines Unternehmens in
25 der Öffentlichkeit positiv beeinflussen und damit auch seinen Status in
26 Arbeitgeber*innenrankings oder Bewertungsplattformen.
- 27 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für
28 folgende Maßnahmen zur Reduzierung der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen in
29 Unternehmen einzusetzen.
- 30 **1. Einführung der "Equal Pay"-Charta in Deutschland:**
31 Der Bund führt die "Equal Pay"-Charta ein, die alle Unternehmen, die sie
32 unterzeichnen, selbstverpflichtet, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit zu
33 garantieren. Unternehmen, die der Charta beitreten, verpflichten sich zu einer
34 jährlichen Überprüfung und Anpassung ihrer Entgeltstrukturen, um bestehende
35 geschlechtsspezifische Lohnunterschiede abzubauen.

36 **2. Transparente Erhebung und Veröffentlichung von Lohnunterschieden:**

37 Nach der „Equal Pay“-Charta verpflichten sich Unternehmen, jährlich ihre
38 Gehaltsstrukturen offenzulegen und den Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen zu
39 veröffentlichen. Dies soll helfen, die Entwicklung der Lohnungleichheit transparent
40 darzustellen und Fortschritte bei der Gleichstellung zu fördern.

41 Folgende Punkte sollen dabei aktiv von den Gleichstellungsstellen/Ministerien auf
42 kommunaler, Landes- und Bundesebene in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen
43 in Land und Bund angestrebt werden:

- 44 • Bewusstsein schaffen: Aufsetzen von Öffentlichkeitsarbeit und
45 Informationskampagnen zur Stärkung des Bewusstseins für die
46 geschlechtsspezifische Lohnlücke und die Vorteile der „Equal Pay“-Charta.
- 47 • Best Practices teilen: Unternehmen, die bereits erfolgreich Maßnahmen zur
48 Lohngleichheit umgesetzt haben, teilen ihre Erfahrungen und Strategien. Dies
49 könnte in Form von Veröffentlichungen, Workshops, Webinaren oder Fallstudien
50 geschehen.
- 51 • Anreize bieten: Anreize für Unternehmen schaffen, die sich der Charta
52 anschließen, wie z. B. steuerliche Vorteile oder öffentliche Anerkennung.
- 53 • Schulungen und Unterstützung: Bereitstellung von Schulungen und Ressourcen für
54 Unternehmen, um ihnen bei der Umsetzung der Maßnahmen zu helfen.
- 55 • Regelmäßige Überprüfung und Berichterstattung: Einführung eines Systems zur
56 regelmäßigen Überprüfung und Berichterstattung über die Fortschritte bei der
57 Umsetzung der Charta. Dies könnte Transparenz schaffen und den Fortschritt
58 messbar machen.
- 59 • Zusammenarbeit fördern: Förderung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen,
60 Gewerkschaften und anderen Interessengruppen, um gemeinsame Lösungen zu
61 entwickeln und umzusetzen.

Antrag GI09: Gender Data Gap – Der weiße Fleck im Datenbestand ist weiblich

Laufende Nummer: 101

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	GI - Gleichstellung

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass die
- 2 fortschreitende Digitalisierung sowie der Einsatz künstlicher Intelligenz im
- 3 Bewusstsein für den Gender Data Gap und dessen Auswirkungen erfolgt und bei
- 4 Datenerhebungen die Lebensrealitäten und Bedürfnisse von Frauen in geeigneter Weise
- 5 Berücksichtigung finden.

Antrag Gl10: Positionspapier der SPD Frauen NRW für die Bundeskonferenz 2025

Laufende Nummer: 106

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV NRW
Status:	Sonstiges Überweisung an den Bundesvorstand
Empfehlung Antragskommission:	Sonstiges Überweisung an den Bundesvorstand
Sachgebiet:	Gl - Gleichstellung

- 1 Frauen tragen die Sozialdemokratie. Sie organisieren Wahlkämpfe, gestalten Inhalte,
2 halten Strukturen lebendig und bringen die gesellschaftlichen Realitäten in die
3 Partei. Doch während sie unverzichtbare Arbeit leisten, sind sie in den
4 entscheidenden Fragen der Macht und Repräsentation noch immer benachteiligt.
5 Die „guten Mandate“ – jene mit Einfluss und Sichtbarkeit – gehen viel zu oft nicht an
6 die Frauen, die sichtbar bei den SPD-Frauen wirken, feministische Politik vertreten
7 und Gleichstellung vorantreiben, sondern an jene, die sich an bestehende
8 Männernetzwerke, Seilschaften und Klüngel-Clubs anpassen oder den vertrauten Logiken
9 männlicher Machtpolitik folgen. Damit werden gerade die Frauen unsichtbar gemacht,
10 die für echte Veränderung stehen.
11 Das ist nicht nur ungerecht gegenüber den engagierten Genossinnen. Es schwächt die
12 SPD insgesamt – nach innen wie nach außen.
13 Unsere Haltung
14 • Frauen dürfen nicht länger im Hintergrund bleiben. Sie gehören sichtbar in die
15 erste Reihe.
16 • Mandate und Spitzenpositionen dürfen nicht mehr nach Nähe zu Machtzirkeln,
17 Seilschaften oder Klüngel-Clubs vergeben werden, sondern nach Kompetenz, Haltung
18 und Engagement für Gleichstellung.
19 • Ein „Weiter so“ mit symbolischen Gesten und leeren Versprechen wird die SPD
20 nicht erneuern – im Gegenteil: es entfremdet uns von den Frauen in der Partei
21 und von den Frauen in der Gesellschaft.
22 Die SPD muss verstehen: Wenn Frauen weiterhin übergegangen oder unsichtbar gemacht
23 werden, verlieren nicht nur Genossinnen die Lust, aktiv zu bleiben – auch die
24 Wählerinnen werden sich zunehmend von der SPD abwenden, weil sie ihre Anliegen nicht
25 mehr vertreten sehen. Das zeigt sich bereits in den letzten Wahlergebnissen.
26
27 Wir fordern eine grundlegende Neuausrichtung der SPD im Umgang mit Frauen, ihren
28 Anliegen und ihrer Repräsentanz. Konkret heißt das:
29 1. Mandats- und Machtfragen im Zentrum
30 Wir machen deutlich: Die Frage von Mandaten und Repräsentanz ist kein Randthema,
31 sondern zentral. Frauen müssen in allen drei Gewalten – Legislative, Exekutive,
32 Judikative – ebenso wie in allen Gremien und Institutionen der SPD sichtbar,
33 qualifiziert und paritätisch vertreten sein.
34 2. Parität als Prinzip
35 Parität darf nicht länger eine Forderung „auf Zeit“ sein, sondern muss das

36 Grundprinzip des Umgangs mit Frauen in der SPD werden. In Qualität und Quantität
37 muss die Beteiligung von Frauen den realen Ansprüchen einer modernen,
38 demokratischen Partei entsprechen.

39 **3. Stärkung unserer Anliegen**
40 Mandate sind kein Selbstzweck. Sie sind das Werkzeug, um unsere politischen
41 Anliegen sichtbar zu machen. Unsere Sicht der Dinge ist geprägt von
42 Lebensrealitäten, die Millionen Menschen in diesem Land und in der Welt
43 betreffen: Gleichstellung, soziale Gerechtigkeit, Klima, Frieden, Demokratie.
44 Diese Anliegen gehören ins Zentrum – durch Frauen, die sie mit voller
45 Überzeugung vertreten.

46 **4. Schluss mit Blockaden und Verzögerungen**
47 Die letzten Jahre haben gezeigt, wie Glaubwürdigkeit verloren geht: Verschleppte
48 Gesetzesinitiativen, endlose Prüfverfahren, wie etwa beim geforderten AfD-
49 Verbotsverfahren, und zögerliche Gleichstellungspolitik. Frauen dulden keine
50 Verzögerungstaktik mehr – nicht in der Gesellschaft und nicht in der Partei.

51 **5. Kultureller Wandel**
52 Wir wollen nicht nur repräsentiert sein, sondern gleichwertig und gewichtig
53 wahrgenommen werden. Frauenpolitik darf nicht länger als Nebenprojekt gelten,
54 sondern muss zu einem selbstverständlichen Bestandteil sozialdemokratischer
55 Kernpolitik werden.

56 Wir wollen eine SPD, die Frauen nicht als schmückendes Beiwerk behandelt, sondern als
57 Gestalterinnen ins Zentrum stellt. Wir wollen eine SPD, die Mandate nach Haltung,
58 Kompetenz und Engagement vergibt – nicht nach Anpassung an männliche Machtzirkel,
59 Seilschaften oder Klüngel-Clubs. Wir wollen eine SPD, die weiß: Ohne starke,
60 sichtbare Frauen verliert sie nicht nur ihre Glaubwürdigkeit, sondern auch ihre
61 Zukunft.

62 Unsere Sicht der Dinge ist kein Nebenschauplatz – sie ist die Lebensrealität. Dieser
63 Realität ist unsere Partei verpflichtet. Und wir Frauen sind bereit, diese
64 Verantwortung zu tragen – mit allen Konsequenzen.

Antrag S01: Ob digital oder analog – Teilhabe ist für uns ein Grundrecht!

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	S - Soziales

- 1 In Deutschland waren im Jahr 2023 drei Millionen Menschen im Alter zwischen 16 und 74
2 Jahren (gut fünf Prozent dieser Altersgruppe) „offline“, also noch nie im Internet.
3 Gleichzeitig werden immer mehr Dienstleistungen, auch der Daseinsvorsorge, in
4 digitale Prozesse überführt. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Neben den Vorgaben
5 des Onlinezugangsgesetzes (OZG), sind es - wegen des demografischen Wandels oder
6 fehlender finanzieller Ausstattungen - vor allem Personalengpässe in den Bereichen
7 des öffentlichen Dienstes, die neue Handlungsstrategien erforderlich machen. Die
8 kommunale Ebene, wo die meisten Dienstleistungen der Daseinsvorsorge vorgehalten
9 werden, aber auch in Bereichen sogenannter ‘Mangelberufe’, wie dem Sozial- und
10 Gesundheitssektor, sind im besonderen Maße betroffen. In der Folge werden - auch aus
11 der Not heraus - zahlreiche Angebote digitalisiert, ohne Varianten für alle
12 diejenigen mitzudenken, für die ausschließliche Online-Zugänge Barrieren schaffen.
13 Die erforderlichen Digitalkompetenzen oder (onlinefähige) Endgerät sind nicht für
14 alle Menschen gleichermaßen vorauszusetzen. Auch Sorgen bezüglich des Datenschutzes
15 sind ernst zu nehmen.
- 16 Der barrierefreie Zugang zu Dienstleistungen der Daseinsvorsorge muss in Deutschland
17 ein Grundrecht sein! Diese und anderen Angebote und Dienstleistungen, insbesondere
18 durch öffentliche Gelder (mit)finanzierte, müssen so gestaltet sein, dass Teilhabe
19 für alle Menschen gewährleistet wird. Die Grundlage für dafür schafft neben dem
20 Grundgesetz (GG, Art. 3 Abs. 3 Satz 2) die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK,
21 vor allem Art. 9).
- 22 Wir fordern deshalb:
- 23 • Die ausreichende finanzielle Ausstattung von Kommunen und Landkreisen aus
24 Bundesmitteln, um Dienstleistungen und Angebote so zu gestalten, dass sie allen
25 Menschen barrierefrei zugänglich sind.
 - 26 • Die Bundesförderung von Modellprojekten, die analoge und digitale Prozesse
27 miteinander verknüpfen (beispielsweise Terminals und Automaten in Behörden, im
28 ÖPNV, aber auch Kultur- und Freizeiteinrichtungen, die von Personen vor Ort
29 betreut werden, so dass Fragen direkt geklärt werden können), um Barrieren
30 abzubauen und Teilhabe zu ermöglichen.
 - 31 • Die Schaffung einer expliziten gesetzlichen Grundlage zur Sicherung des Rechts
32 auf Nutzung analoger Wege bei Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sowie die
33 Bereitstellung von Ressourcen, um dieses Recht auf Seiten der Einrichtungen der
34 Daseinsvorsorge auch vorhalten zu können.

Antrag S04: Alleinerziehende stärken – Armut bekämpfen, Teilhabe sichern!

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	S - Soziales

- 1 Die SPD-Frauen Bundeskonferenz fordert mit Nachdruck die Verbesserung der Lebens- und
2 Teilhabechancen von Alleinerziehenden Insbesondere sind folgende Maßnahmen
3 umzusetzen:
- 4 1. Faire Besteuerung & finanzielle Entlastung: Hierzu gehört die Einführung einer
5 Steuergutschrift für Alleinerziehende, die direkt von der individuellen
6 Steuerschuld abgezogen wird; ist die Steuerschuld geringer als die Gutschrift,
7 wird die Differenz ausgezahlt. Zudem soll auf die Abschaffung des
8 Ehegattensplittings zugunsten einer echten individuellen Besteuerung hingewirkt
9 werden.
- 10 2. Flächendeckende, kostenfreie Kinderbetreuung: Zur Unterstützung
11 Alleinerziehender soll langfristig ein kostenloser Zugang zu qualitätsvoller,
12 verlässlicher und flexibler Betreuung, auch in Rand- und Ferienzeiten aufgebaut
13 werden.
- 14 3. Verlässlicher Unterhalt: Wir begrüßen, dass mit dem Entzug des Führerscheins bei
15 Unterhaltsausständen eine langjährige Forderung der SPD-Frauen im
16 Koalitionsvertrag enthalten ist.
- 17 4. Sozial gerechte Grundsicherung für Kinder: Wir fordern die Einführung einer
18 Grundsicherung, die Kinder aus einkommensschwachen Familien spürbar
19 besserstellt. Kindergeld sollte zukünftig beim Unterhaltsvorschuss höchstens
20 zur Hälfte angerechnet werden. Die Schnittstellen zwischen Unterhalt,
21 Unterhaltsvorschuss und Grundsicherung für Kinder sind so zu gestalten, dass
22 Alleinerziehende nie schlechter gestellt werden.
- 23 5. Bessere Vereinbarkeit von Familie & Beruf: Der Ausbau flexibler Arbeitszeit- und
24 Arbeitsortmodelle muss fortgesetzt werden, hierzu gehört ein Rechtsanspruch auf
25 Homeoffice, sofern keine zwingenden betrieblichen Gründe entgegenstehen. Der
26 Rechtsanspruch auf Brückenteilzeit muss für alle Unternehmen, unabhängig ihrer
27 Größe, ausgeweitet werden. Zudem muss eine Beratungspflicht für
28 Arbeitgeber*innen eingeführt werden, um Arbeitnehmer*innen über die Folgen der
29 Entscheidung zwischen Brückenteilzeit und regulärer Teilzeit aufzuklären.
- 30 6. Wohnraumsicherung für Alleinerziehende: Alleinerziehende müssen einen
31 bevorzugten Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erhalten. Alleinerziehende müssen auf
32 Bundes- Landes- und kommunaler Ebene konsequent in der Wohnungspolitik
33 mitgedacht werden. Hierzu müssen soziale Träger, die Übergangswohnungen für
34 Alleinerziehende in akuter Wohnungsnot bereitstellen, stärker gefördert werden.
35 Kommunale Vergaberichtlinien können rechtssicher so gestaltet werden, dass
36 Alleinerziehende ausdrücklich bei Sozialwohnraum bevorzugt werden. Des Weiteren
37 muss der bedarfsgerechte Neubau dauerhaft belegungsgebundener Sozialwohnungen

- 38 mit einer Quotenregelung für Alleinerziehende vorangetrieben werden. Spezifische
39 Förderprogramme für Wohnprojekte, die Alleinerziehende adressieren, sollten
40 entwickelt und ausgebaut werden.

Antrag S05: „Frauenarmut in Deutschland“

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Bezirk Nord-Niedersachsen
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	S - Soziales

- 1 Wir fordern folgende Maßnahmen zur Reduzierung der aktuellen Frauenarmut in
- 2 Deutschland:
 - 3 - Schaffung existenzsichernder Arbeitsverhältnisse durch eine stärkere Tarifbindung
 - 4 sowie einen angemessenen, an 60% des Bruttomedian orientierten Mindestlohn
 - 5 - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit durch zügige Umsetzung der EU-
 - 6 Transparenzrichtlinie von 2023
 - 7 - Stabile und rechtsverbindliche Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen
 - 8 - Unterstützung der Care-Arbeit über staatliche Förderung der Inanspruchnahme
 - 9 haushaltsnaher Dienstleistungen
 - 10 - Rentenansprüche für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen bezogen auf die
 - 11 gesamte Zeit der Betreuung und auf Basis des tatsächlichen Gehaltsniveaus in diesem
 - 12 Bereich
 - 13 - Abschaffung des sog. „Ehegatten-Splitting“

Antrag S06: Erhöhung des Kinderkrankengeldes auf 100% des Nettoeinkommens

Laufende Nummer: 82

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	S - Soziales

- 1 Das Kinderkrankengeld soll auf 100% des Nettoeinkommens erhöht werden.
- 2 Darüber hinaus befürworten wir zum Abbau des bürokratischen Aufwandes die direkte Verrechnung zwischen Arbeitgeber*innen und Krankenkassen sowie die Auszahlung des Kinderkrankengeldes mit der Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung.

Antrag S07: Unterhaltsschulden sind Ehrenschulden!

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Brandenburg
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	S - Soziales

1. Die Verjährungsfrist von Unterhaltsschulden nach 3 Jahren wird auf 10 Jahre angehoben.
2. Es wird ein weiteres Referat zur Begleichung ausstehender Unterhaltsschulden im Bundesverwaltungsamt geschaffen und die Kompetenz des Rückforderungsmanagements von Land und Kommunen auf den Bund übertragen.

Antrag S08: Familien Ticket für alle Familien

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Brandenburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	S - Soziales

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD-Frauen appelliert an die zuständigen Ebenen in den
- 2 Ländern und Kommunen für den Besuch aller staatlich geförderten Einrichtungen und
- 3 Veranstaltungen die Einführung flexibler Familientickets umzusetzen, soweit keine
- 4 günstigere Alternative vorhanden ist. Das Familienticket (1+X) sichert einer
- 5 sorgenden Person plus beliebig viele Kinder oder zu betreuende Personen den Zugang zu
- 6 einem vergünstigten Preis, unabhängig von Familienstand oder biologischer
- 7 Verwandtschaft.

Antrag S09: Blickwinkel Prostitution ./. Blickwinkel Sexarbeit.

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	IR13, IR14, S10
Sachgebiet:	S - Soziales

- 1 Als SPD FRAUEN erkennen wir beide Blickwinkel bei den Themen Prostitution und Sexarbeit als legitime, nebeneinanderstehende Positionen an. Ausgehend von beiden Positionen setzen wir uns für die Verbesserung der Situation von Frauen ein.
- 2 Gemeinsam. Solidarisch. In der Sache vereint.
- 3 Uns SPD FRAUEN eint, dass wir gemeinsam und unermüdlich für ein gewaltfreies,
- 4 selbstbestimmtes Leben für alle Frauen und Mädchen kämpfen. Dabei kommt es vor, dass
- 5 wir unterschiedliche Positionen bei frauenpolitischen Themen innerhalb der SPD FRAUEN
- 6 haben. Uns macht es aus, dass wir respektvoll und solidarisch die unterschiedlichen
- 7 Perspektiven akzeptieren und im permanenten Dialog miteinander sind.
- 8 In den vergangenen Jahren haben sich dabei zwei Blickwinkel bei den Themen Sexarbeit
- 9 ./ Prostitution herauskristallisiert.
- 10 Der eine Blickwinkel auf das Thema möchte die Selbstbestimmung der in der Sexarbeit
- 11 tätigen Menschen, ihren Schutz sowie ihre Rechtsgüter stärken. Er fokussiert sich auf
- 12 den Ausbau nachhaltig wirkungsvoller Schutz- und Unterstützungsstrukturen durch das
- 13 Arbeitsrecht, das Sozialsystem bzw. System der sozialen Absicherung sowie
- 14 umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Er
- 15 baut dabei auf menschenrechtsbasierten Säulen auf und möchte die Stigmatisierung und
- 16 die Diskriminierung der in der Sexarbeit tätigen Menschen bekämpfen.
- 17 Der andere **Blickwinkel auf das Thema Prostitution** sieht diese als Teil eines
- 18 ausbeuterischen, sexistischen, rassistischen und menschenfeindlichen Gewaltsystems,
- 19 das zu schwerwiegenden physischen und psychischen Folgen für die Menschen in der
- 20 Prostitution führt; und ein gesellschaftliches Gleichstellungshemmnis darstellt. Als
- 21 Ziel steht hier der abolitionistische Ansatz, das Nordische Modell mit 4 Säulen:
- 22 Entkriminalisierung der Menschen in der Prostitution, Kriminalisierung der Freier und
- 23 Zuhälter, Stärkung von Prävention und Ausstiegsprogrammen.
- 24 Für beide Blickwinkel liegen dem Bundesvorstand der SPD FRAUEN ausgearbeitete
- 25 Positionspapiere (Stand: 1.11.25) vor, die auf der Homepage www.SPDfrauen.de
- 26 einsehbar sind. Beide Positionspapiere sind lebende Dokumente, die immer wieder dem
- 27 Stand der Diskussionen angepasst werden sollen.

Antrag S11: Feministische Ökonomie

Laufende Nummer: 48

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Saar
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	S - Soziales

- 1 Eine Reform makroökonomischer Modelle, die auch das Wohlergehen von Menschen in den
- 2 Blick nehmen und reproduktive Arbeit als eine Grundlage wirtschaftlichen Handelns
- 3 begreifen. Pflege, Erziehung, Betreuung und die Versorgung von Angehörigen sind
- 4 essenzielle Leistungen für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Sie müssen als
- 5 solche ökonomisch anerkannt werden

Antrag S14: Keine Legalisierung von Leihmutterschaft in Deutschland

Laufende Nummer: 97

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Baden-Württemberg
Status:	überwiesen BuVo
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an BuVo
Sachgebiet:	S - Soziales

- 1 Die SPD befürwortet, dass grundsätzlich das Verbot der Leihmutterschaft bestehen bleibt. Eine Ausnahme könnte das Austragen eines Kindes durch eine andere Frau innerhalb von verheirateten bzw. eingetragenen Paaren sowie innerhalb von Verwandtschaftsverhältnissen sein. Sie setzt sich für die Verabschiedung eines verbindlichen internationalen Abkommens zum Verbot der Leihmutterschaft ein sowie für die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels im Zusammenhang mit Leihmutterschaft.

Antrag S15: Respekt statt Rolle rückwärts - Keine Verzögerungen bei der Mütterrente III!

Laufende Nummer: 98

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	S - Soziales

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich nachdrücklich dafür einzusetzen,
- 2 dass es zu keinen Verzögerungen bei der für 2027 geplanten Umsetzung der Mütterrente
- 3 III kommen wird, vor denen die Deutsche Rentenversicherung bei ihrer Stellungnahme
- 4 zum entsprechenden Gesetzesentwurf aufgrund vorgeblich erhöhter Komplexität und
- 5 erhöhtem Aufwand vorsorglich gewarnt hatte.
- 6 Den Müttern ist eine Verzögerung nicht zuzumuten.

Antrag S16: Ageismus und Adultismus ist von gestern!

Laufende Nummer: 102

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	S - Soziales

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich über die im Koalitionsvertrag abgegebene Absichtserklärung zum Thema Altersdiskriminierung hinaus nachdrücklich für einen Aktionsplan gegen Diskriminierung von Menschen jeglichen Alters aufgrund ihres Alters, sowie die Aufnahme des Verbots der Altersdiskriminierung in das Grundgesetz einzusetzen.

Antrag T01: Für eine geschlechtergerechte Klimapolitik

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	T - Themenübergreifendes

- 1 Der Klimawandel zeigt sich immer deutlicher und immer häufiger spüren wir die
2 negativen Folgen des klimatischen Wandels. Die ökologische Krise wirkt sich auf unser
3 Leben in vielen Bereichen aus. Im Gutachten zum Vierten Gleichstellungsbericht der
4 Bundesregierung wird deutlich, dass der Klimawandel besonders schwere Auswirkungen
5 für Frauen, einkommensarme und andere strukturell benachteiligte Menschen hat.
6 Ob Energieerzeugung, Landwirtschaft, Stadt- und Raumentwicklung, Mobilität, Wohnung,
7 Ernährung, Gesundheit und Arbeitsmarkt – in allen diesen Feldern wirkt sich der
8 Klimawandel geschlechtsspezifisch besonders für Frauen aus.
9 Eine nachhaltige sozial-ökologische Transformation muss Klima- und
10 Gleichstellungspolitik zusammen denken, um nachhaltig zu gestalten.
11 Auch der Deutsche Frauenrat stellt fest, dass Ursachen und Auswirkungen des
12 Klimawandels nicht geschlechtsneutral sind und klimapolitische Maßnahmen und
13 Geschlechtergerechtigkeit zusammen gedacht werden müssen.
14 Wir fordern von der SPD, dass
15 1. Gleichstellung und Klimaschutz zusammen gedacht werden
16 Die Gleichstellung der Geschlechter muss ein Leitgedanke der Nachhaltigkeits- und
17 Klimapolitik werden. Geschlechtergerechtigkeit muss im Klimaschutzgesetz und in
18 Maßnahmenprogrammen verankert werden. In allen mit Klimapolitik befassten Ministerien
19 und Gremien muss die notwendige Genderexpertise aufgebaut werden, und solange diese
20 nicht vorhanden ist, externe Genderexpertise eingebunden werden.
21 Geschlechtergleichstellung ist als Querschnittsthema in der Nachhaltigkeitsstrategie
22 zu implementieren.
23 2. Ein notwendiger klimaneutraler Umbau von Wirtschaft und Arbeitswelt
24 geschlechtergerecht gestaltet wird
25 Der klimaneutrale Umbau von Wirtschaft und Arbeitswelt verändert Produktionsweisen in
26 ganzen Branchen grundlegend und hat Auswirkungen auf die Beschäftigung von Frauen.
27 Geschlechtergerechtigkeit muss daher eine grundlegende Voraussetzung für Green-
28 Economy-Konzepte sein. Es bedarf einer gezielten Qualifikation von Frauen für die
29 künftigen Anforderungen in einer klimaneutralen Arbeitswelt. Klimapolitische
30 Investitionshilfen und Wirtschaftsförderung müssen an Tarifbindung, Mitbestimmung und
31 die Gleichstellung der Geschlechter gebunden sein.
32 3. Geschlechtergerechte Teilhabe in der Energiewende sichergestellt wird
33 Frauen treffen klimafreundlichere und nachhaltigere Entscheidungen, sind aber in der
34 gesamten Energiewirtschaft und Energiepolitik in geringerem Umfang als Männer
35 vertreten. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Unternehmen der
36 Energiewirtschaft ist sicherzustellen und Frauen in den relevanten Ausbildungs- und
37 Studiengängen zu fördern. Wenn geschlechtergerechter Klimaschutz gelingen soll, sind

38 Frauen an den Entscheidungen zu beteiligen. Es erfordert eine
39 geschlechterparitätische Besetzung von klima- und energiepolitischen Gremien unter
40 Einbezug von Genderexpertise.
41 4. Klima- und sozial gerechte Wohnungspolitik vorangetrieben wird
42 Von hohen Mieten, Verdrängung aus dem gewohnten Viertel und Wohnraummangel sind
43 Frauen, z.B. Alleinerziehende oder Rentnerinnen, besonders betroffen. Diese
44 Entwicklungen müssen durch eine soziale und klimagerechte Wohnungspolitik bekämpft
45 werden, um Klimaschutzziele sozial ausgewogen zu erreichen.
46 Mietsteigerungen sind zu begrenzen, indem Ausnahmeregelungen bei der Mietpreisbremse
47 abgeschafft werden und sie unbefristet verlängert wird. Der gemeinwohlorientierte
48 Wohnungsbau und der Bestand an Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum muss durch
49 eine neue Wohngemeinnützlichkeit gestärkt werden. Die energetische Sanierung von
50 Wohnungsbestand muss einkommensabhängig gefördert werden, so dass einkommensarme
51 Haushalte besonders profitieren.

Antrag T02: Frauen im ländlichen Raum stärken – Lebensqualität und Teilhabe sichern

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Brandenburg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	T - Themenübergreifendes

- 1 1. Die SPD Frauen unterstützen die oben genannten Forderungen und machen sie zu zentralen Themen einer bundesweiten Politik für Frauen im ländlichen Raum.
- 2 2. Die SPD setzt sich dafür ein, dass diese Forderungen in Gesetze, Programme und Haushalte aufgenommen werden.
- 3 3. Zur Begleitung wird ein Monitoring-Instrument entwickelt, das regelmäßig die Situation von Frauen im ländlichen Raum in Bezug auf Versorgung, Teilhabe, Einkommen und Sicherheit erfasst.
- 4 4. Die SPD Frauen fordern, dass für alle SPD-Veranstaltungen, Strategiepapiere und Programme künftig der Blick auf die Lebensrealitäten im ländlichen Raum systematisch mitgedacht wird (z. B. durch einen „Ländlicher Raum Check“).
- 11 Frauen in ländlichen Räumen benötigen zusätzliche Unterstützung für die Realisierung gleichwertiger Lebensverhältnisse, bessere infrastrukturelle und politische Teilhabe sowie eine Stärkung ihrer ökonomischen und sozialen Sicherheit.
- 12
- 13

Antrag T03: Kampf gegen die Inhalte der Mannosphäre

Laufende Nummer: 80

Antragsteller*in:	SPD Frauen Worms
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	T - Themenübergreifendes

- 1 Die Mannosphäre ist ein Sammelbegriff für Online-Communities, die vorgeben, sich mit
- 2 Männerthemen zu befassen. Die Mannosphäre ist ein loses Netzwerk von Online-
- 3 Communities, Influencer*innen, Podcasts, und Social-Media-Kanälen.
- 4 Junge Männer stoßen häufig auf Inhalte der Mannosphäre, wenn sie nach Tipps zu
- 5 Fitness, Dating oder Kryptowährung suchen. Sie erreichen Männer vor allem über
- 6 soziale Medien, Podcasts, Gaming-Communities und Dating-Apps.
- 7 Die SPD wird aufgefordert, sich aktiv gegen die Online-Communities, Influencer*innen,
- 8 Podcasts, Social-Media-Kanälen und Foren der Mannosphäre einzusetzen, die in
- 9 digitalen Räumen ein enges, aggressives Bild von Männlichkeit vermitteln, verbunden
- 10 mit der Darstellung, dass Gleichstellung und Feminismus Männer benachteiligen.
- 11 Den Inhalten der Mannosphäre, die oft toxische Männlichkeitsbilder und
- 12 frauenfeindliche Einstellungen verbreiten, die Strategien vermitteln, wie Männer
- 13 Frauen manipulieren oder unter Druck setzen können, dürfen nicht länger hingenommen
- 14 werden.

Antrag T04: Für eine geschlechtergerechte Künstliche Intelligenz: Entwicklung einer feministische KI-Strategie auf der Grundlage des „EU Artificial Intelligence Act“ (EU AI Act)

Laufende Nummer: 57

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	T - Themenübergreifendes

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Deutschen
- 2 Bundestags werden aufgefordert, allen Bestrebungen zur Aufweichung des „EU AI Act“
- 3 energisch entgegenzutreten.
- 4 Mit dem „EU AI Act“ wurde eine Grundlage für die Regulierung der Künstlichen
- 5 Intelligenz in der EU geschaffen (<https://artficialintelligenceact.eu/de>), die das
- 6 Potenzial für eine wertebasierte, inklusive und diskriminierungsfreie Gestaltung der
- 7 KI bietet.
- 8 Dem stehen internationale Entwicklungen wie die Anti-DEI Dekrete der US-Regierung
- 9 entgegen (DEI: Diversity, Equality/Equity, Inclusion). Mit der transatlantischen
- 10 Ausweitung dieses Kurses werden auch europäische Unternehmen unter Druck gesetzt,
- 11 beispielsweise Gleichstellungsstandards zu senken.
- 12 Es ist daher dringend erforderlich, den europäischen AI-Act zu stärken. Eine
- 13 feministische Strategie fungiert als Schutzschild gegen das internationale Rollback
- 14 bei Diversität und Gleichstellung. Zivilgesellschaft, Politik und Institutionen
- 15 müssen gemeinsam eine diskriminierungsfreie digitale Zukunft gestalten.
- 16 Die SPD wird aufgefordert, zusammen mit gesellschaftlichen Gruppen eine inklusive,
- 17 feministische Strategie zu entwickeln und zu unterstützen, die:
 - 18 • für regulatorische Rahmenbedingungen sorgt, um Vorurteile in Algorithmen (Gender
 - 19 Bias) zu erkennen und zu beseitigen
 - 20 • verbindliche Geschlechterverträglichkeitsprüfungen für KI-Systeme einführt
 - 21 • durch diverse Teams eine inklusive KI-Entwicklung fördert
 - 22 • die Beteiligung von Frauenverbänden in KI-Ethikräten und Regulierungsgremien
 - 23 sicherstellt
 - 24 • durch grundwerte-gerechte Datengewinnung und Datennutzung den Gender Data Gap
 - 25 (Unterrepräsentation von Frauen und nicht-binären Personen) beendet
 - 26 • bei der Entwicklung von KI Geschlechtergerechtigkeit integriert (Ethik-by-Design)
 - 27 • die Öffentlichkeit für algorithmische Diskriminierung sensibilisiert
 - 28 • eine geschlechtergerechte Medien-, Digital- und KI-Kompetenz fördert
 - 29 • in internationaler Zusammenarbeit globale Standards für eine geschlechtergerechte,
 - 30 inklusive KI entwickelt und durchsetzt.
- 31

Antrag T05: Ziffernfolge „444“ und andere rechtsextreme Symbole als Kraftfahrzeugkennzeichen verbieten!

Laufende Nummer: 73

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	T - Themenübergreifendes

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die
- 2 Ziffernfolge „444“ und andere als rechtsextremistische Symbole oder Codes als
- 3 Kraftfahrzeugkennzeichen seitens der Zulassungsstellen ab sofort nicht mehr
- 4 ausgegeben wird, da sie als ausländer*innenfeindlicher und rechtsextremistischer
- 5 Slogan besetzt ist und insofern als „Verständigung“ unter entsprechend gesinnten
- 6 Auto- und Kraftradfahrer*innen benutzt werden kann.

Antrag T06: Mehr Damentoiletten in öffentlichen Gebäuden

Laufende Nummer: 77

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Landesverband Baden-Württemberg
Status:	überwiesen Bundesvorstand als Material
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an Bundesvorstand als Material
Sachgebiet:	T - Themenübergreifendes

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass bei Um- und Neubauten mehr Damentoiletten eingerichtet werden müssen, da Frauen durch den Mangel an Damentoiletten in öffentlichen Gebäuden benachteiligt sind. Dazu müssen die
- 2 Versammlungsstättenverordnungen derart abgeändert werden, dass den realen
- 3 geschlechtsspezifischen Bedarfen Rechnung getragen wird.
- 4
- 5

Antrag W01: Jetzt den Mieterschutz stärken!

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	W - Wohnen

- 1 Steigende Mieten belasten Frauen – insbesondere Alleinstehende und Alleinerziehende –
2 überproportional. Die SPD Frauen fordern daher, unverzüglich folgende Reformen
3 einzuleiten:
4 1.Kappungsgrenze reduzieren: Die Kappungsgrenzenverordnung muss bundesweit gelten,
5 nicht nur in angespannten Märkten. Der Erhöhungszeitraum ist auf fünf Jahre
6 auszudehnen; innerhalb dieses Zeitraums dürfen die Mieten höchstens um zehn Prozent
7 steigen. Index und Staffelmietverträge sind in diese Kappungsgrenze einzubeziehen.
8 Für Bundes- und Landesimmobilien muss ein Mietenstopp von maximal ein Prozent
9 pro Jahr gelten.
10 2.Bundesweiter Mietenstopp: Es muss ein sechsjähriges Moratorium für Mieterhöhungen
11 in laufenden Verträgen eingeführt werden. Bei Neuvermietung dürfen Vermieterinnen
12 höchstens die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen. Eine Länderöffnungsklausel
13 sollte weitergehende Mietenstopps in besonders angespannten Märkten ermöglichen.
14 Es muss darauf hingewirkt werden, dass eine Härtefallregel Kleinvermieterinnen
15 schützen muss, indem begrenzte Anpassungen bis zu zwei Prozent jährlich ermöglicht
16 werden, solange die Miete 80 Prozent der Vergleichsmiete nicht übersteigt.
17 3.Indexmieten eindämmen: Der Abschluss neuer Indexmietverträge ist zu untersagen.
18 Mieterinnen müssen das Recht erhalten, bestehende Indexmietverträge in ortsübliche
19 Vergleichsmieten umzuwandeln, ohne andere Vertragsbedingungen zu verlieren.
20 4.Atmenden Mietendeckel einführen: Die Mietspiegelberechnung ist zu reformieren,
21 sodass sämtliche Bestandsmieten in kommunalen Katasterdaten einfließen. Es sind drei
22 Marktkategorien festzulegen: ausgeglichen, angespannt, Wohnungsnotgebiet. Nach Ablauf
23 des Mietenstopps dürfen Bestandsmieten höchstens um zwei Prozent pro Jahr steigen,
24 bis zur orts-üblichen Vergleichsmiete. Kommunen müssen den Mietenstop in angespannten
25 Gebieten verlängern dürfen. In Wohnungsnotgebieten erhalten Mieterinnen einen
26 Anspruch auf Absenkung überhöhter Mieten auf das lokale Mittel.
27 5.Mietpreisbremse verschärfen: Neu- und Wiedervermietungen dürfen die orts-übliche
28 Vergleichsmiete nicht überschreiten. Die Mietpreisbremse hat bundesweit ohne
29 Befristung zu gelten; Ausnahmen für modernisierte Wohnungen sind zu streichen.
30 Verstöße sind mit empfindlichen Bußgeldern zu ahnden; Mieterinnen müssen zu viel
31 gezahlte Miete 30 Monate rückwirkend zurückfordern können.
32 Für Neubauwohnungen ist eine Obergrenze zu entwickeln, damit auch neuer Wohnraum
33 bezahlbar bleibt.
34 6.Modernisierungsumlage senken: Die Umlagefähigkeit wird von acht auf vier Prozent
35 reduziert; die Mieterhöhungsfrist verlängert sich auf zehn Jahre. Bei energetischer
36 Modernisierung darf die Kaltmiete nur warmmieteneutral steigen.
37 7.Möblierte Vermietung regulieren: Vermieterinnen müssen Möblierungszuschläge

- 38 offenlegen, der Zuschlag darf höchstens ein Prozent des Zeitwerts betragen. Möblierte
39 Wohnungen unterliegen einer Genehmigungs- und Meldepflicht bei der Wohnungsaufsicht.
- 40 8.Kettenbefristungen verbieten: Befristete Mietverträge dürfen nicht mehrfach
41 verlängert werden, so wird Dauerwohnraum gesichert.
- 42 9.Kündigungsschutz ausweiten: Bei ordentlicher Kündigung wegen Zahlungsverzuges muss
43 eine Schonfristzahlung möglich sein. Eigenbedarfskündigungen sind auf Selbstnutzung
44 oder erste Verwandtengrade zu beschränken. Die Kündigungssperrfrist nach Umwandlung
45 in Eigentum ist bundesweit auf zehn Jahre festzulegen. Kündigungen als Reaktion auf
46 berechtigte Mietminderungen sind auszuschließen.
- 47 10.Mietpreisüberhöhung ahnden: § 5 WiStG ist zu verschärfen, indem das Tat-
48 bestandsmerkmal der Angebotsknappheit gestrichen und der Bußgeldrahmen auf 100 000 €
49 erhöht wird.
- 50 11.Sozialzweck Vermietung sichern: Sozial , karitative und gemeinnützige Trägerinnen,
51 die Wohnraum ohne Gewinnabsicht vermieten, müssen unter das Wohnmietrecht fallen;
52 gewerbliche Kündigungen sind auszuschließen.
- 53 12.Zweckentfremdung wirksam verbieten: Es gilt ein ambitioniertes, bundesweites
54 Zweckentfremdungsverbot gegen Leerstand und Ferienwohnungsmisbrauch zu entwickeln.
- 55 13.Kommunales Vorkaufsrecht stärken: Kommunen benötigen ein Vorkaufsrecht in allen
56 Gebieten mit hohem Wohnraumbedarf; der Kaufpreis ist auf den Ertragswert zu
57 begrenzen. Die Ausübungsfrist ist deutlich zu verlängern, damit Kommunen
58 handlungsfähig bleiben.
- 59 14.Genehmigungsvorbehalt entfristen: Der § 250 BauGB ist bundesweit anzuwenden und
60 dauerhaft zu verankern.

Antrag W02: Wohnungen für Obdachlose statt Notlösungen

Laufende Nummer: 61

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV RLP
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	W - Wohnen

1 Die Arbeitsgemeinschaft der SPD-Frauen fordert wie die Facharbeitsgruppe „Prävention
2 von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ des Institutes für Menschenrechte Notunterkünfte
3 für Wohnungslose menschenrechtskonform zu gestalten, weil Frauen und Kinder zunehmend
4 obdachlos werden. Der Nationale Aktionsplan vom Kabinett des Bundesministeriums für
5 Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) „Gemeinsam zu Hause“ vom 24.4.2024 muss
6 mit folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:

- Vermietungsprozesse
- Ausweitung des Wohnraums für wohnungslose Menschen, insbesondere für Familien
- Spezifische Wohnprojekte für wohnungslose Menschen
- Leitlinien für Mindeststandards in der ordnungsrechtlichen Unterbringung

11 Schon vor Jahrzehnten wurde deutlich, dass es einen Verdrängungsprozess geben wird
12 und Menschen am unteren Einkommensrand zunehmend obdachlos werden. In Deutschland
13 waren im vergangenen Jahr mehr als 530.000 Menschen wohnungslos, wie Zahlen aus dem
14 aktuellen [Wohnungslosenbericht](#) der Bundesregierung zeigen. Das sind mehr als doppelt
15 so viele im Vergleich zu 2022. Fast 440.000 sind in Einrichtungen untergebracht,
16 viele davon sind Flüchtlinge aus der Ukraine. Rund 60.000 sind verdeckt wohnungslos,
17 schlafen also zum Beispiel bei Freunden auf dem Sofa. Gut 47.000 leben auf der
18 Straße. 137.000 wohnungslose Kinder leben in Notunterkünften. Das sind mehr als
19 137.000 Babys, Kita- und Schulkinder, die ihre Kindheit und Jugend in diesen
20 Unterkünften verbringen. Sie sind besonders von den unzureichenden Bedingungen
21 betroffen.

22 Wenn Menschen keine Möglichkeit haben, irgendwo unterzukommen und nicht auf der
23 Straße leben wollen, besteht eine Unterbringungsverpflichtung der Kommunen. Diese
24 sogenannte ordnungsrechtliche Unterbringung betrifft mutmaßlich deutlich über 100.000
25 Menschen in Deutschland. Sie ist dabei längst keine Notlösung mehr – die Menschen
26 leben dort überwiegend mehrere Monate und Jahre, teils unter menschenunwürdigen
27 Bedingungen. Stellt man die menschenrechtlichen Verpflichtungen des Staates den
28 tatsächlichen Zuständen in der ordnungsrechtlichen Unterbringung gegenüber, wird
29 deutlich: In vielen Unterkünften sind die Grund- und Menschenrechte der Betroffenen –
30 etwa das Recht auf Wohnen, das Recht auf Schutz vor Gewalt oder das Recht auf
31 Familienleben – nicht gewährleistet.

Antrag W03: Sozialdemokratinnen für bezahlbares Wohnen

Laufende Nummer: 63

Antragsteller*in:	SPD-Frauen LV RLP
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	W - Wohnen

1 Wir Sozialdemokratinnen fordern weitergehende Maßnahmen für bezahlbares Wohnen als
2 die vom Bundesbauministerium in ihrer geplanten Trendwende beschlossenen. Von uns als
3 Steuerzahlerinnen wird zu viel Geld für Förderung von privatem Immobilienbesitz
4 ausgegeben. Weil die Mietkosten zu hoch sind, zahlt der Staat Milliarden für
5 Wohngeld. Wir fordern mehr Immobilien in gesellschaftlichem Besitz und dadurch mehr
Existenzsicherheit für Mieter*innen. Wir wollen, dass die so entstehenden Gewinne zur ökologischen
Sanierung, Neubau und weitere Maßnahmen zur Verfügung stehen.
6 Orientiert am österreichischen System der sozialen Wohnversorgung müssen
7 gemeinnützige Bauvereine privilegiert gefördert werden.

8 Unsere Forderungen sind:

- 9 • Sozialdemokratische Zieldefinition für gemeinnütziges und ökologisches Bauen,
10 Verdichten und weitere Maßnahmen
- 11 • Ein öffentlicher Baulandinvestitionsfond zur Sicherstellung der Gewinne zu
12 Gunsten der Allgemeinheit
- 13 • Mit steuerlichen Begünstigungen privilegiert Fördernehmer wie kommunale
14 Wohnbaugesellschaften, Genossenschaften und neue Akteure gewinnen
- 15 • Keine zeitlich begrenzte Sozialbindung,
- 16 • staatlichen Mietendeckel sozial gerecht vorgeben
- 17 • Das neue Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz konsequent gegen die Interessen
18 privater Unternehmen umsetzen
- 19 • Kontrolle darüber, dass sozialer Wohnungsbau funktioniert und stattfindet, jede
20 zweite Neubauwohnung soll eine Sozialwohnung werden
- 21 • Wohnraumentwicklungsplan erstellen, d.h. auch Verlaufsstatistik zum bezahlbaren
22 Wohnen auf Länder- und Bundesebene
- 23 • Bevorzugt klimagerechte Quartiere fördern, bedarfsgerechte Infrastruktur als
24 Bedingung
- 25 • Neue Wohnformen einschl. Inklusionswohnen, vor allem Mietwohnprojekte verstärkt
26 fördern
- 27 • Standards für nachhaltiges Bauen vereinfachen, Flächenverbrauch minimieren

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

Antrag V01: Halter***in**nienhaftung endlich auf Parkverstöße ausweiten – Rücksichtsloses Falschparken stoppen!

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	SPD-Frauen Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	V - Verkehr

- 1 Wir stellen fest, dass rücksichtsloses Parken Straßenbahnen, Busse, Geh^z und Radwege
- 2 blockiert und damit vor allem Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Frauen, Kinder
- 3 und beeinträchtigt. *Wir fordern dass die Halter**in**nienhaftung – wie in Frankreich,*
- 4 *Großbritannien oder den Niederlanden – künftig auch für Parkverstöße in Deutschland*
- 5 *gilt.**
- 6 1.Bußgelder wirksam adressieren: Die Anhörungsfrist muss bundeseinheitlich kurz
- 7 bemessen werden; verstreicht sie fruchtlos, greift die Halter* innenhaftung ohne
- 8 weitere Nachweise.
- 9 Die Ordnungsämter müssen nicht länger den oder die Fahrer*in ermitteln; so werden
- 10 Verfahren nicht mehr eingestellt und abschreckende Bußgelder behalten ihre Wirkung.
- 11 2.Verfahren vereinfachen: Nach Ablauf der Anhörungsfrist muss die Halter*
- 12 innenhaftung ohne weitere Ermittlungen gelten, digitale Halter* innen-Abfragen
- 13 beschleunigen die Zustellung.
- 14 3.ÖPNV und Fußwege schützen: Das Bußgeld für das Blockieren von Schienenverkehrswegen
- 15 und Haltestellen muss deutlich erhöht werden.
- 16